



BERICHT UND EMPFEHLUNGEN

Sachsen

07.2021 – 03.2022



Grußwort

Die Corona-Pandemie hat sämtliche Sphären der Gesellschaft vor besondere Herausforderungen gestellt. Das gilt speziell für das Gesundheitswesen, die Intensivmedizin, Pflege und Versorgung, für Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, und nicht zuletzt auch für die mittelständisch geprägte Wirtschaft im Freistaat. Vieles, was in Wirtschaft, Kultur, Bildung, Gesellschaft und Politik in Sachsen als selbstverständlich galt, wird durch die Pandemie in Frage gestellt.

In einer so besonderen Situation ist es wichtiger denn je, Regierungshandeln transparent zu kommunizieren und die Bürgerinnen und Bürger stärker in den Prozess der Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Sächsische Staatsregierung hat den Bürgerrat Forum Corona ins Leben gerufen. Hier trafen seit dem Juli 2021 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aufeinander, um Einschätzungen, Ideen und Anregungen zum Umgang mit der Corona-Pandemie zu sammeln und auszutauschen. Den Mitgliedern des Bürgerrats Forum Corona und allen Beteiligten gebührt großer Dank. Sie haben viel Zeit ehrenamtlich aufgewendet, um sich im Interesse des Ganzen einzubringen und mitzuwirken. Unterstützt von Expertinnen und Experten haben sie sich in vielerlei Themengebiete eingearbeitet, unter externer Moderation etliche Fragen diskutiert und auf Grundlage ihrer unterschiedlichen Alltagserfahrungen mit der Pandemie Anregungen und Lösungsvorschläge entwickelt.

Landtag, Regierung und Verwaltungen haben nun die Gelegenheit, sich gründlich mit den Empfehlungen des Bürgerrats Forum Corona auseinanderzusetzen, diese genau zu prüfen und das weitere Vorgehen trans-



parent zu kommunizieren. Fachlich und politisch überzeugende Empfehlungen aus den Beratungen des Bürgerrats werden die Arbeit von Regierung, Verwaltungen und Parlament positiv beeinflussen können. Dies ist der erste Bürgerrat, den der Freistaat Sachsen einberufen hat. Wir werden Projekt und Verfahren gründlich auswerten. Klar ist aber schon jetzt, dass wir auch zukünftig die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung und am Austausch über aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen beteiligen werden.

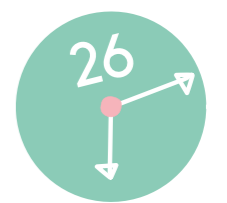
Katja Meier – Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

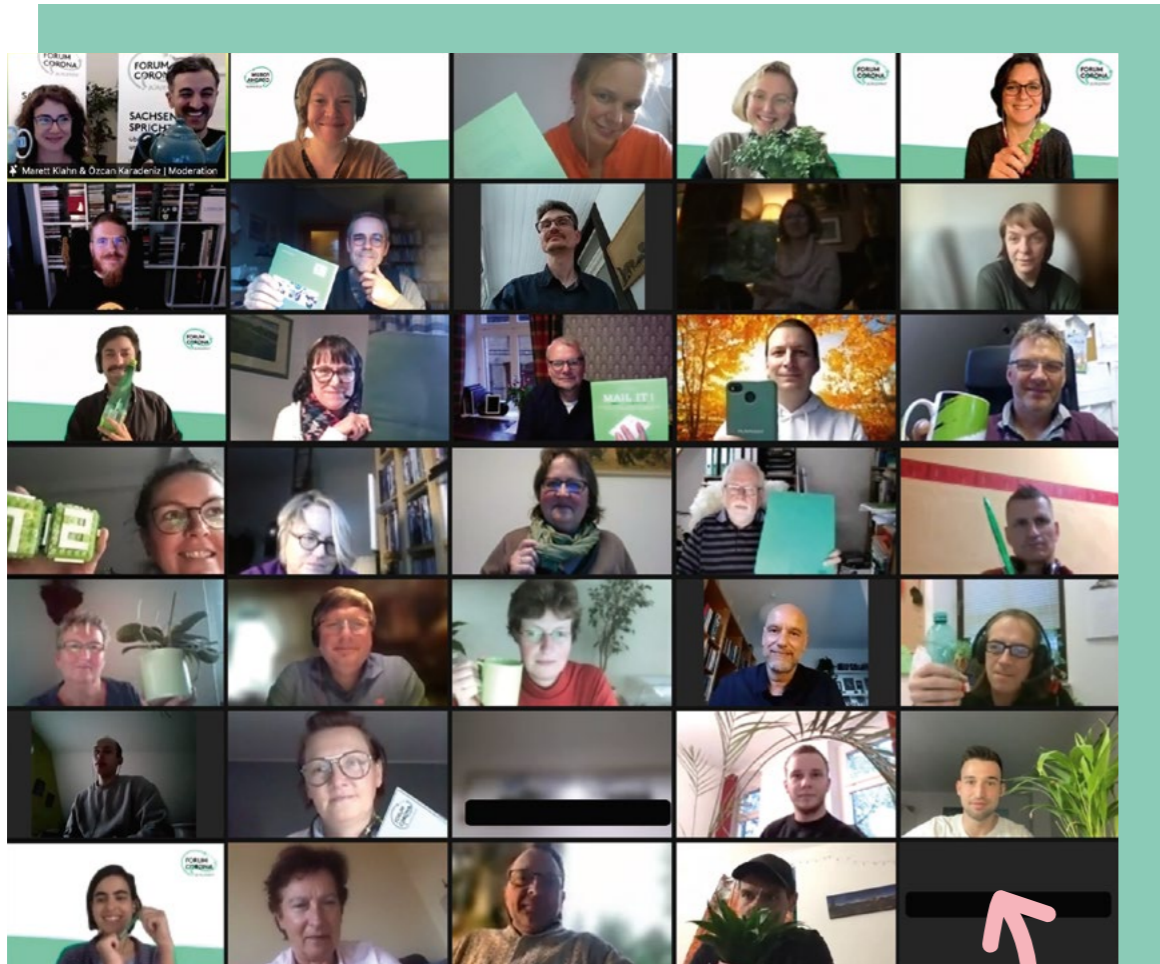
Einleitung

Infektionen, Inzidenzen, Impfungen: Die Corona-Pandemie hat das gesellschaftliche Leben beeinflusst und verändert – überall auf der Welt und auch in Sachsen. Die Bekämpfung der Pandemie verlangt entschlossenes Handeln der Politik und eine gemeinsame Anstrengung der Bevölkerung. Der Umgang mit dieser Krisensituation hat gezeigt: Es gibt viel Rede- und auch Verbesserungsbedarf! Wie ist es den Menschen in den letzten zwei Jahren ergangen? Was haben wir als Gesellschaft durch die Pandemie gelernt? Welche politischen Maßnahmen wünscht sich die Bevölkerung im Umgang mit der Pandemie? Und wie lassen sich die langfristigen Folgen von Corona speziell in Sachsen bewältigen?

Im Bürgerrat Forum Corona tauschten sich 50 repräsentativ ausgewählte Sächsinen und Sachsen über sieben Monate hinweg miteinander aus und erarbeiteten gemeinsam in mehreren Sitzungen Empfehlungen in den Handlungsfeldern Politik, Wirtschaft, Gesundheit und Bildung. Dabei wurden sie von Expertinnen und Experten begleitet. Ergebnis des neuartigen Formats sind 43 Empfehlungen sowie 190 Ideen für deren Umsetzung von Bürgerinnen und Bürgern für die Sächsische Politik und andere Akteurinnen und Akteure – und die Erkenntnis: Trotz unterschiedlicher Standpunkte ist konstruktiver Dialog möglich!

Der Bürgerrat in Zahlen:





- 2 Grußwort
- 3 Einleitung

Der Bügerrat Forum Corona

- 6 Was ist ein Bügerrat?
- 7 Warum ein Bügerrat zum Thema Corona?
- 8 Die Ziele
- 10 Die Teilnehmenden
- 12 Ablauf und Arbeitsweise
- 14 Die Handlungsfelder und Themen des Bügerrats

Die Ergebnisse des Forum Corona

- 18 Handlungsfeld Gesundheit
- 34 Handlungsfeld Bildung
- 54 Handlungsfeld Wirtschaft
- 66 Handlungsfeld Politik

- 90 Danksagung
- 94 Impressum

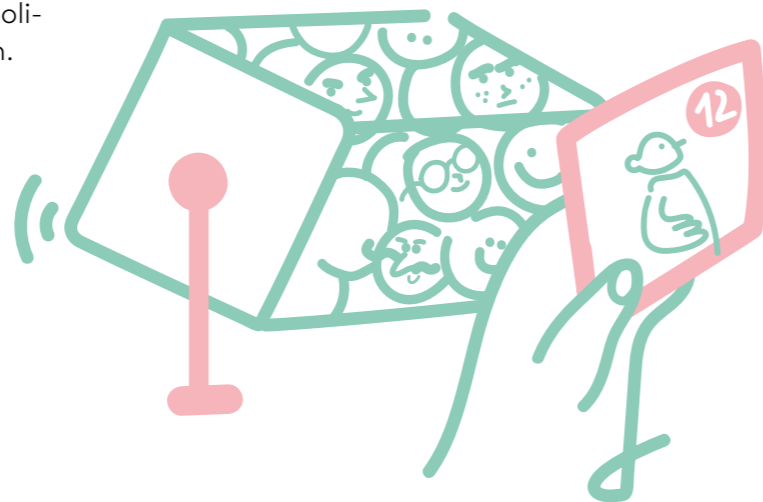
Inhalt

Was ist ein Bürgerrat?

Ein Bürgerrat ist eine besondere Form der Bürgerbeteiligung, die auch als Deliberation bezeichnet wird. Im Zentrum steht der kommunikative Austausch unter allen Beteiligten. Es geht darum, dass Menschen zu drängenden politischen Themen gehört und in die Entwicklung von Lösungswegen eingebunden werden. Die Teilnehmenden eines Bürgerrats werden zufällig aus der Bevölkerung ausgelost. Sie bilden ein Gremium aus Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, Bildungswegen, Berufen und Lebenssituationen. In ihrer Zusammensetzung spiegeln die Teilnehmenden die Gesellschaft in ihrer Vielfalt wider – quasi im Miniaturformat. Ein Bürgerrat bietet so die Möglichkeit, Menschen aktiv in die politische Willensbildung einzubinden – nicht nur jene, die ihre Meinung besonders laut artikulieren oder bereits politisch engagiert sind.

Im Bürgerrat diskutieren die Teilnehmenden in mehreren Sitzungen politische Fragen und Herausforderungen und entwickeln Empfehlungen für die verantwortlichen Stellen. Dabei werden sie von einer Moderation begleitet, die dafür sorgt, dass alle Teilnehmenden zu Wort kommen und ihre Beiträge korrekt aufgenommen werden. Zu jedem Diskussionsthema erhalten die Bürgerinnen und Bürger kurze Vorträge von Expertinnen und Experten und haben die Möglichkeit, ihnen Fragen zu stellen. Dieses Wissen können sie nutzen, um Handlungsempfehlungen zu formulieren und sie an die relevanten Akteurinnen und Akteure zu richten.

Die Empfehlungen werden in Kleingruppen erarbeitet und am Ende im gesamten Bürgerrat diskutiert, abgestimmt und verabschiedet. Der Bürgerrat legt die Ergebnisse dann dem zuständigen Parlament, Gemeinderat oder anderen Institutionen vor, die darüber beraten und sie gegebenenfalls in die Entwicklung von politischen Maßnahmen einbeziehen.



Warum ein Bürgerrat zum Thema Corona?

Seit März 2020 beeinflusst die Corona-Pandemie den Alltag und stellt Regierungen und Parlamente vor besondere Herausforderungen.

Zur Eindämmung von Infektionen müssen immer wieder weitreichende Entscheidungen und Maßnahmen getroffen werden. Diese greifen bisweilen tief in das private, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ein. Sowohl das Virus selbst und dessen Ausbreitungsdynamik als auch die wissenschaftliche Erkenntnislage entwickeln sich ständig weiter. Darum muss sich die Corona-Politik immer wieder neuen Bedingungen anpassen. Auch die Krisenkommunikation der Regierungen und Medien wandelt sich stetig. Die komplexe Gemengelage und die für viele Menschen mit hohen Belastungen verbundenen Maßnahmen sorgen für Verunsicherungen. Gleichzeitig gehen die Meinungen über Impfungen, Masken und andere Maßnahmen in der Bevölkerung weit auseinander. Eine kleine aber laute Gruppe protestiert gegen alle Maßnahmen, auch in vielen Orten Sachsens gibt es regelmäßige Demonstrationen. Doch die Krise verlangt eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung. Verständnis für die Corona-Maßnahmen und gegenseitige Solidarität sind unverzichtbare Bausteine für die Bewältigung der Pandemie.

Daher braucht es dringend einen Raum, in dem Dialog und Rückmeldungen aus der Bevölkerung Platz finden. Die Umsetzung und Kommunikation der Corona-Maßnahmen haben in den letzten zwei Jahren alle miterlebt, doch viele Perspektiven wurden nicht berücksichtigt. Auch andere Probleme und Ungerechtigkeiten, die schon vorher existierten, wurden während der Corona-Pandemie wie unter dem Brennglas sichtbar. Die Alltagsexpertise der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit diesen Herausforderungen bietet einen wertvollen Erfahrungsschatz, um Rückmeldung zu den politischen Entscheidungen zu geben und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

All diese Gründe machen deutlich, warum ein gesellschaftlicher Diskurs zur Corona-Politik notwendig ist. Darum hat die Sächsische Staatsregierung das Forum Corona im Frühjahr 2021 auf den Weg gebracht.

Ziele des Forum Corona

Das Forum Corona soll einen Kanal für Dialog und konstruktive Aus- handlung zwischen Politik und Bür- gerinnen und Bürgern schaffen. Dabei lag der Fokus auf Lösungs- ansätzen für Wege aus der Pandemie und auf der Bewältigung ihrer ge- sellschaftlichen Folgen.

Dialog und politische Willensbildung

Die Pandemie ist eine geteilte Erfahrung, die jedoch ganz unter- schiedlich erlebt und bewertet wird. Als eine deliberative Form der Beteiligung setzte sich das Forum Corona zum Ziel, Dialog und po- litische Willensbildung zu fördern. Das moderierte Format ermög- lichte, dass alle Teilnehmenden einander zuhören, die Meinungen der anderen kennenlernen und Verständnis füreinander entwickeln. In jeder Sitzung beschäftigten sich die Teilnehmenden intensiv mit einem Thema und erarbeiteten auf der Basis verschiedener Pers- pektiven und Argumente gemeinsam differenzierte Positionen und Vorschläge.

Konstruktive Empfehlungen und Lösungen

Ebenso wichtig wie die Diskussion waren ihre Ergebnisse. Die di- rekten Erfahrungen der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger mit den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen erlaubten ihnen, wertvolle Verbesserungsvorschläge einzubringen. Indem Menschen unterschiedlicher Lebenswelten, beruflicher Hintergründe und Er- fahrungen mit der Pandemie auf differenzierte Weise ihre Pers- pektive, Expertise und Meinung einbrachten, entstanden relevante Ergebnisse und konstruktive Ideen als inhaltliche Impulse für die Staatsregierung und den parlamentarischen Prozess.

Verbesserte Responsivität

Darüber hinaus soll der Bürgerrat eine bessere Responsivität und das Vertrauen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern för- dern. Auf der einen Seite heißt das, dass Vertreterinnen und Vertre- ter der Politik eine direkte Rückmeldung aus der Bevölkerung erhal- ten und mehr Verständnis entwickeln. So kann die Politik gezielter auf Ideen, Forderungen, Sorgen und Bedürfnisse aus der Bevölke- rung eingehen. Auf der anderen Seite kann ein Dialogformat wie das Forum Corona das Verständnis der beteiligten Bürgerinnen und Bürger für die Komplexität politischer Abläufe erhöhen – gerade in einer herausfordernden Situation wie der Corona-Pandemie.

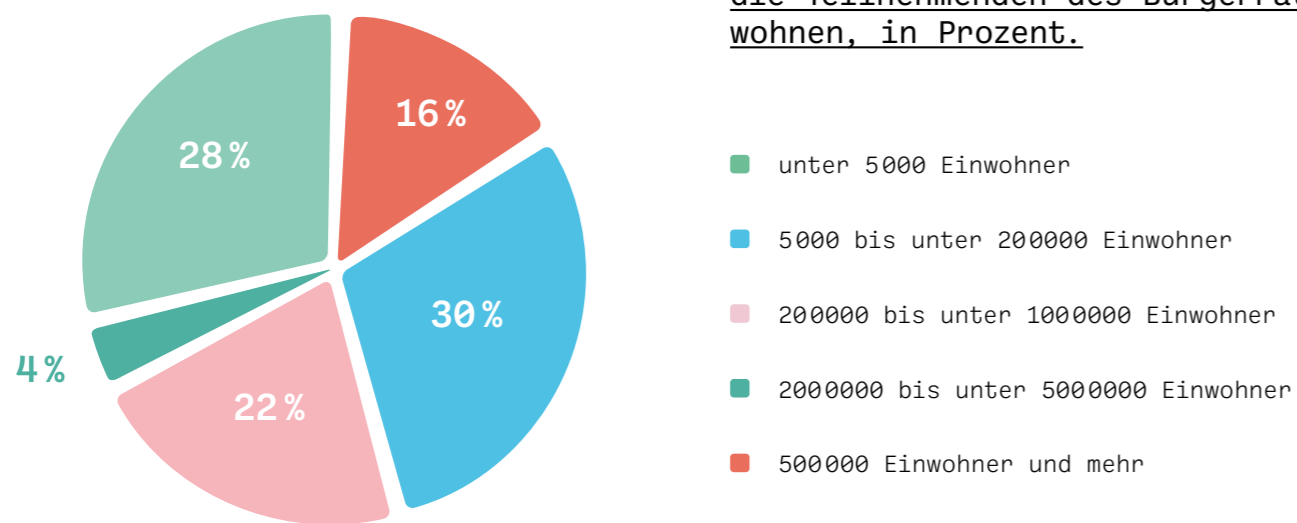


Die Teilnehmenden des Forum Corona

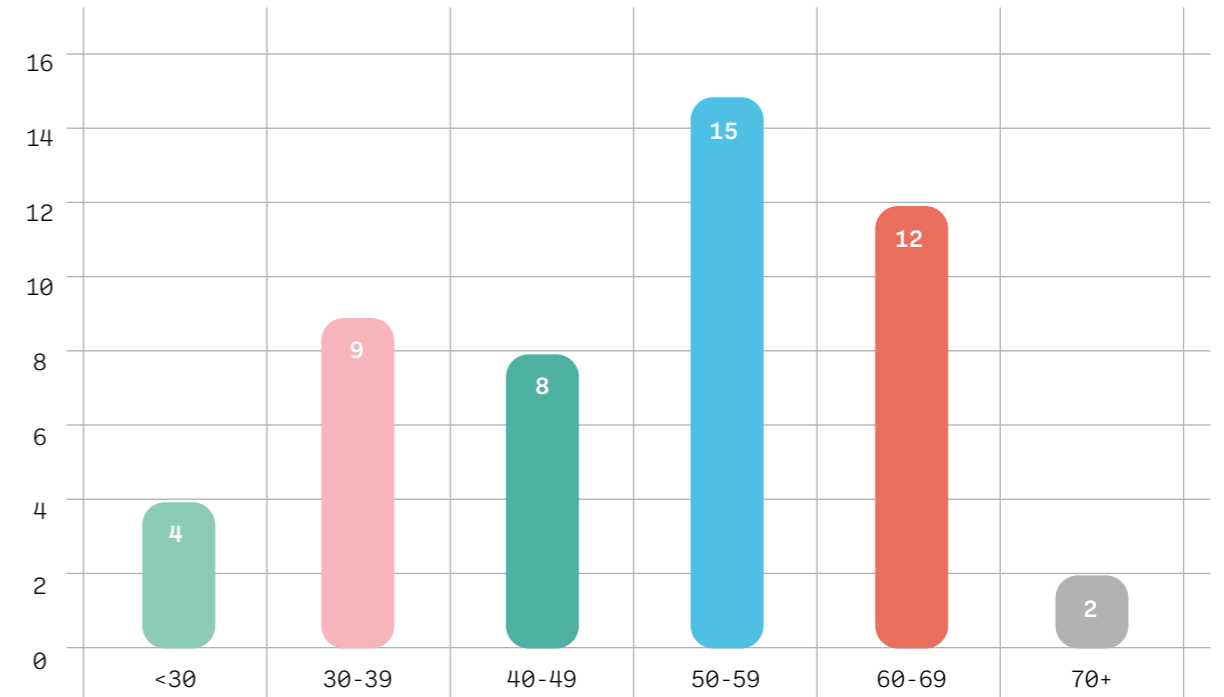
Die Auswahl und Einladung zum Forum Corona funktioniert nach zwei Kriterien: einerseits nach dem Prinzip der Zufallsauswahl und andererseits nach dem Prinzip der repräsentativen Zusammensetzung. Das Zufallsverfahren soll sicherstellen, dass alle Sächsinen und Sachsen über 16 Jahre ausgelost werden können und damit theoretisch die Möglichkeit zur Teilnahme haben. Durch die repräsentative Zusammensetzung des Bürgerrats entsteht quasi ein Sachsen im Miniaturformat. Zum Beispiel entspricht das Verhältnis von alten zu jungen Menschen oder von Land- und Stadtbewohnenden etwa dem der sächsischen Gesamtbevölkerung. Faktoren, die berücksichtigt wurden, sind Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, die Größe des Wohnorts und Migrationsgeschichte.

Die Einladung und Auswahl der Teilnehmenden wurde folgendermaßen umgesetzt: Das Statistische Landesamt hat eine repräsentative Stichprobe von 5.000 Personen erstellt. An all diese Bürgerinnen und Bürger wurde ein Einladungsschreiben zum Forum Corona verschickt. Aus denjenigen, die per Rückmeldebogen ihr Interesse an der freiwilligen Teilnahme am Bürgerrat bekundet haben, wurde erneut gelost. Dabei berücksichtigte das Statistische Landesamt Quoten für demografische Merkmale. So wurde eine Gruppe von 50 Personen sowie einige Nachrückerinnen und Nachrücker zusammen gestellt, die einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung abbilden.

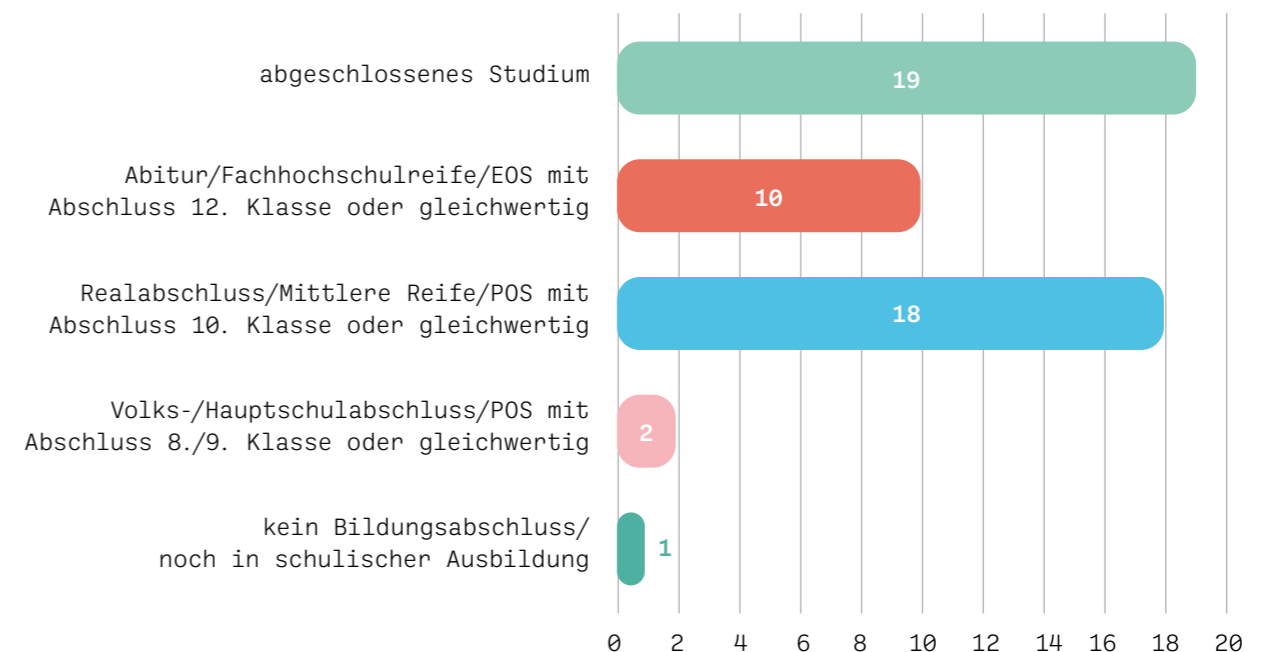
Größe der Gemeinden, in denen die Teilnehmenden des Bürgerrats wohnen, in Prozent.



Altersverteilung der 50 Teilnehmenden des Bürgerrats, in absoluten Zahlen.



Bildungsabschlüsse der 50 Teilnehmenden, in absoluten Zahlen.



Ablauf und Arbeitsweise

Im Forum Corona traten die Teilnehmenden über sieben Monate hinweg in einen gemeinsamen Arbeitsprozess.

Aufgabe des Bürgerrats war es, Handlungsempfehlungen für die sächsische Staatsregierung und den Sächsischen Landtag zu erarbeiten. Die Vorschläge beziehen sich auf die Bewältigung der Corona-Krise sowie gesellschaftspolitische Herausforderungen, die durch die Pandemie ausgelöst beziehungsweise sichtbar wurden.

Den Startpunkt markierte eine Auftaktveranstaltung im Juli 2021. Dabei standen die offizielle Eröffnung des Bürgerrats, das Kennenlernen der Arbeitsweise und der Teilnehmenden untereinander sowie die Sammlung von Diskussionsthemen im Vordergrund.

Zwischen September 2021 und Januar 2022 tagte der Bürgerrat monatlich. Nacheinander widmete er sich vier Handlungsfeldern: Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Politik. Durch die mehrmonatige Dauer und die Breite der Themen sollte dem Ausmaß der Corona-Krise Rechnung getragen werden – ein kürzeres Format hätte in seinen Ergebnissen kaum alle zentralen gesellschaftlichen Bereiche berücksichtigen oder mehr als eine Momentaufnahme erzeugen können.

Die je vierstündigen Sitzungen fanden stets samstagsnachts als digitale Treffen statt. In jeder Sitzung diskutierten die Teilnehmenden über eines der Handlungsfelder und entwickelten Positionen zu mehreren zuvor ausgewählten Themen. Im Fokus der Arbeit des Bürgerrats stand die Entwicklung von Lösungen und konstruktiven Ideen für

die Zukunft, mit denen unter anderen die Politik arbeiten kann.

Alle Treffen kombinierten Groß- und Kleingruppenarbeit: Die inhaltlichen Diskussionen und die Erarbeitung von Positionen fanden in moderierten Kleingruppen statt, das Plenum diente für Inputs und thematische Einführungen, die Zusammenführung und Präsentation von Arbeitsergebnissen sowie die Reflexion des Prozesses und punktuell für Stimmungsbilder und Diskussionen zu aktuellen Corona-Maßnahmen.

Die inhaltlichen Sitzungen zu den vier Handlungsfeldern folgten stets der gleichen Struktur und liefen folgendermaßen ab:

Eröffnung und thematischer Einstieg im Plenum:

- Begrüßung und Einführung durch die Moderation
- Einstieg in jeweiliges Handlungsfeld durch einen Eröffnungsimpuls: hiermit wurde Einblick in den "Maschinenraum der Pandemiebekämpfung" eröffnet, der Impuls erfolgte in der Regel durch Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Ressorts der Landesregierung
- Vorstellung der Diskussionsthemen und Arbeitsgruppen sowie der anwesenden Expertinnen und Experten sowie Gruppeneinteilung gemäß voriger Abstimmung

Diskussion und Erarbeitung von Empfehlungen in Arbeitsgruppen:

- Inputs der Expertinnen und Experten mit anschließender Fragerunde
- Arbeitsphase I: Zunächst diskutierten

die Teilnehmenden über die Frage, welche Herausforderungen die Pandemie hervorgebracht, verstärkt oder sichtbar gemacht hat und wo Handlungsbedarf besteht. So entstand eine Sammlung von Herausforderungen, die die Teilnehmenden abschließend priorisierten. Weitergearbeitet wurde mit jenen Aspekten, bei denen die Arbeitsgruppe besonders großen Handlungsbedarf seitens der sächsischen Politik identifizierte.

- Arbeitsphase II: Im nächsten Schritt wurden Lösungsansätze für diese Top-Herausforderungen entwickelt. Dafür definierten die Teilnehmenden zunächst Ziele und Idealvorstellungen. Darauf aufbauend wurden verschiedene Ideen und Maßnahmen gesammelt und diskutiert, um diesen Zielen näher zu kommen. Dabei wurde möglichst auch eine Zuordnung zu Stakeholdern vorgenommen, an die die Handlungsempfehlungen adressiert werden sollen.

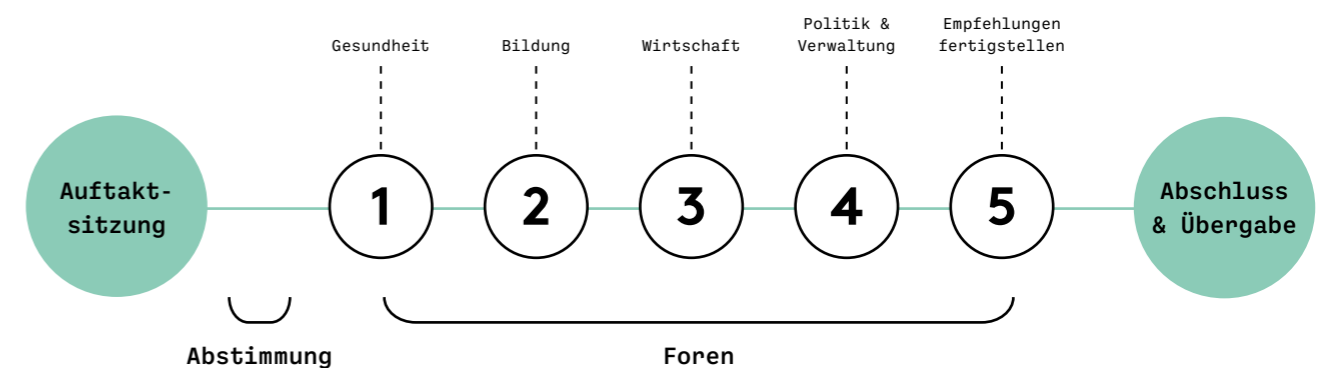
Zusammenführung der Ergebnisse im Plenum

- Ergebnispräsentation am Ende jeder Sitzung, Chance für Rückfragen und Kommentare durch Teilnehmende anderer Gruppen

Diese Grundstruktur wurde in einzelnen Sitzungen ergänzt durch weitere Aspekte: Im November wurden die tagesaktuell von der Sächsischen Landesregierung beschlossenen Corona-Maßnahmen diskutiert. Im Dezember waren Ministerpräsident Michael Kretschmer und Staatsministerin Katja Meier zu Gast im Bürgerrat, sodass anschließend an die Arbeitsphase ein Dialog zwischen den Regierungsmitgliedern und den Teilnehmenden des Forum Corona stattfand.

Während der Sitzungen wurden die Diskussionen und Redebeiträge der Teilnehmenden von der Moderation auf dem digitalen Whiteboard "Miro" als Notizen festgehalten. Die Beiträge der Kleingruppen wurden vom Team der Initiative Offene Gesellschaft zusammengefasst und möglichst nah am Wortlaut der Bürgerinnen und Bürger ausformuliert. Eine Gruppe aus Teilnehmenden hatte die Gelegenheit, in einer freiwilligen Redaktionssitzung Formulierungen aus Sicht der Bürgerrats anzupassen.

Bei der letzten Sitzung im Januar 2022 wurden die Ergebnisse der vorausgegangenen Treffen zusammengeführt, ergänzt und aktualisiert. Schließlich stimmte der Bürgerrat über die erarbeiteten Empfehlungen ab und verabschiedete sie damit.



Handlungsfelder und Themen

Das Forum Corona beschäftigte sich mit insgesamt vier Handlungsfeldern, die während der Pandemie auf Landesebene besonders wichtig waren und die auch darüber hinaus eine entscheidende Rolle im Alltag in Sachsen spielen: Politik, Wirtschaft, Gesundheit und Bildung. Innerhalb dieser breiten Felder widmete sich der Bürgerrat jeweils mehreren Themen. Diese konnten auf drei Wegen eingebracht werden:

- 1.** Auf dem Beteiligungsportal Sachsen konnten alle Bürgerinnen und Bürger Diskussionsthemen vorschlagen. Die Online-Beteiligung war zu erreichen unter: www.mitdenken.sachsen.de/1025225
- 2.** Die Landesregierung machte eigene Themenvorschläge, zu denen sich die Politik Einschätzungen aus der Bevölkerung wünschte.
- 3.** Die Teilnehmenden des Bürgerrats konnten bei der Eröffnungsveranstaltung am 17.07.2021 eigene Vorschläge, Erfahrungen und Themen in das Forum Corona einbringen.

Die Vorschläge wurden zusammengefasst und den Teilnehmenden zur Abstimmung gestellt. So konnten sie die Themen und Fragen priorisieren, die sie im Laufe des Forum Corona diskutieren wollten. Für jedes Handlungsfeld – Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Politik – galt es, jeweils drei Diskussionsthemen auszuwählen. Vor jeder Sitzung konnten die Teilnehmenden im Vorfeld ihre Prioritäten angeben, zu welchem Thema sie in einer Kleingruppe arbeiten wollten.

Themen der Foren

1

Gesundheit

- 1. Psychische Gesundheit**
- 2. Corona-Schutzmaßnahmen und Impfkampagnen**
- 3. Gesundheitswesen & Pflegenotstand**

2

Bildung

- 1. Schulen/Digitalisierung der Bildungsangebote**
- 2. Soziale und psychische Folgen der Lockdowns für Kinder/Jugendliche/Studierende**
- 3. »Generation Corona«/Bildungsgerechtigkeit**

3

Wirtschaft

- 1. Vereinbarkeit von Arbeit und Kinderbetreuung**
- 2. Solidarität mit »Corona-Verlierern«**
- 3. Insolvenzen und Verschuldungen**

4

Politik & Verwaltung

- 1. Bürgernähe von Verwaltung und Politik**
- 2. Krisenkommunikation**
- 3. Föderalismus in der Corona-Krise**

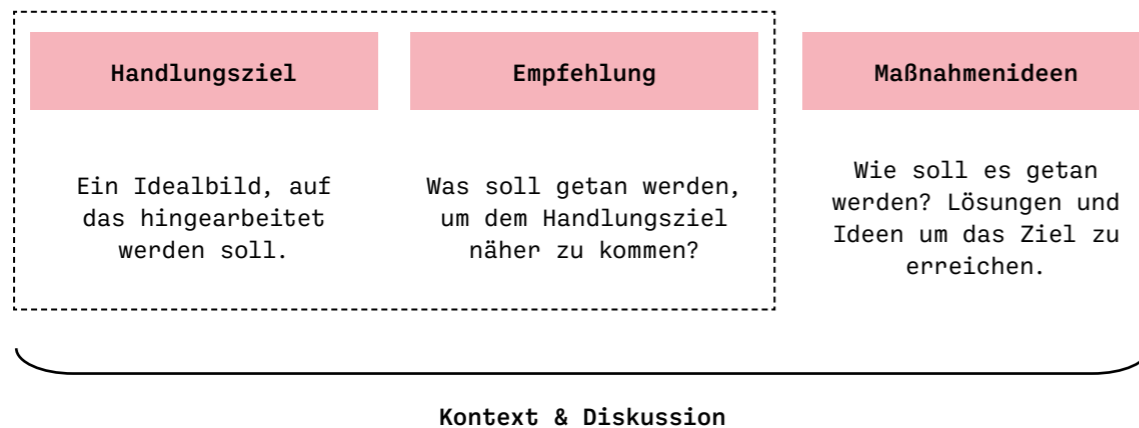
Ergebnisse des Bürgerrats

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Forum Corona vorgestellt. Sie folgen der Reihenfolge der vier thematischen Handlungsfelder und sind folgendermaßen strukturiert:

In den vier Handlungsfeldern Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Politik wurden jeweils mehrere Handlungsziele erarbeitet. Sie sind als Idealbilder und strategische Leitsätze zu verstehen, auf die hingearbeitet werden soll. Unter jedes Handlungsziel fallen mehrere Empfehlungen. Diese wurden unterfüttert mit konkreten Maßnahmvorschlägen und Lösungsideen. Sie richten sich an Akteurinnen und Akteure, die nach Einschätzung des Bürgerrats Gestaltungsspielräume bei der Umsetzungen dieser Maßnahmen haben.

Die ausgearbeiteten Handlungsziele und Empfehlungen zu den vier Handlungsfeldern wurden vom Bürgerrat abgestimmt und gemeinsam verabschiedet. Die Maßnahmenideen sind als Sammlung von Vorschlägen zu verstehen – wurden aber nicht einzeln vom Bürgererrat abgestimmt. Es geht darum, diverse Ansätze und Ideen für das Erreichen der Handlungsziele aufzuzeigen, aber auch sichtbar zu machen, wo es kontroverse Positionen innerhalb der Gruppe der Teilnehmenden gibt. Eine Reihe von Empfehlungen wurden vom Bürgerrat als besonders wichtig bewertet. Diese werden gesondert hervorgehoben.

Empfehlungen pro Handlungsfeld



Jedes Kapitel beginnt mit einem kurzen Bericht der Sitzung und geht darauf ein, welche Aspekte als besonders dringlich gesehen oder intensiv diskutiert wurden. Hier fließen auch Rückmeldungen von Teilnehmenden und Eindrücke zu Stimmung und Arbeitsatmosphäre ein. Nachfolgend werden die vom Bürgerrat beschlossenen Handlungsziele und die zugeordneten Empfehlungen dargestellt. Für jedes Handlungsziel und jede Empfehlung wird eine kurze Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge gegeben. Dabei wird stets ausgeführt, welche Herausforderungen von der Mehrheit der Teilnehmenden einer Arbeitsgruppe als besonders wichtig ausgewählt wurden.

Da der Bürgerrat über einen mehrmonatigen Zeitraum inmitten der sich stetig weiter entwickelnden Pandemie tagte, sind die Sitzungen und ihre Ergebnisse auch im jeweiligen Kontext zu verstehen. Während der ersten beiden inhaltlichen Sitzungen, im September und Oktober 2021, waren die Corona-Inzidenzen niedrig und es galten nur wenige Schutzmaßnahmen. Die dritte und vierte Sitzung fanden inmitten der Delta-Welle statt, die Sachsen besonders hart getroffen hat. Tagesaktuelle Entwicklungen, die Fokusthemen der medialen Berichterstattung und gesamtgesellschaftliche Stimmungen sowie Debatten haben die Diskussionen der Teilnehmenden, ihre Problemanalysen, Einschätzungen und Lösungsideen zweifelsohne tangiert.

Die Corona-Schutzmaßnahmen und die Impfkampagne, die Situation des Personals im Gesundheitswesen sowie psychische Gesundheit und Einsamkeit: Dies sind die Themen, die von den Teilnehmenden des Bürgerrats im Vorfeld als besonders wichtig ausgewählt und während der ersten inhaltlichen Sitzung im September 2021 bearbeitet wurden.

Die Diskussion lebte vom persönlichen Austausch von Eindrücken und Erfahrungen – schließlich waren alle Bürgerinnen und Bürger von den Corona-Maßnahmen und der begleitenden Kommunikation direkt betroffen. Viele hatten mit den Gesundheitsämtern zu tun, sahen sich selbst oder Menschen im sozialen Umfeld mit psychischen Belastungen oder der fordernden Arbeitssituation im Gesundheitswesen konfrontiert. Besonders das Thema psychische Gesundheit stellte sich als zentral heraus. Nicht nur die Einsamkeit während der Lockdowns, sondern auch die Kommunikation der Regierung wurden als belastend wahrgenommen.

Viele Ideen und Einschätzungen wurden innerhalb der Kleingruppen geteilt, doch natürlich gab es auch Themen, bei denen die Meinungen auseinander gingen – zum Beispiel bei der Frage nach der richtigen Teststrategie oder einer Impfpflicht. Kontrovers diskutiert wurde auch, wie eine weniger profitgetriebene Gesundheitsversorgung aussehen könne.

Themen

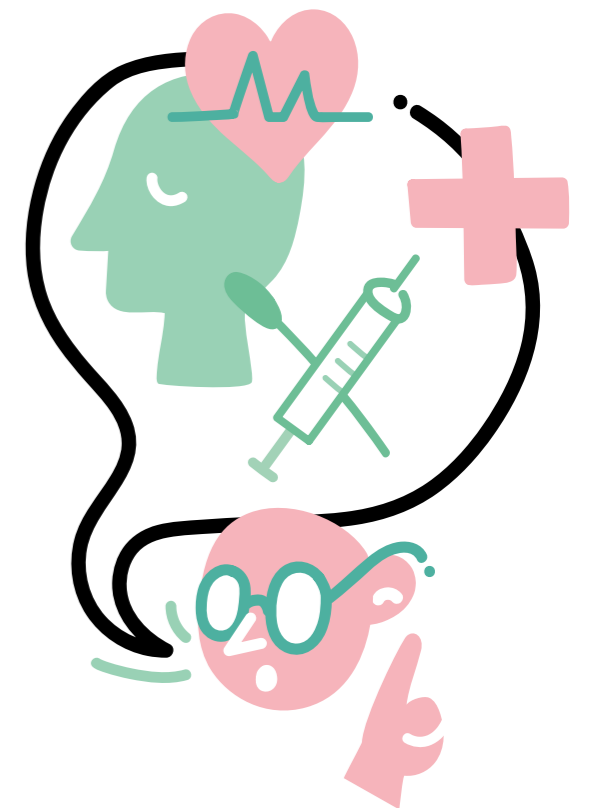
- Psychische Gesundheit
- Corona-Schutzmaßnahmen und Impfkampagne
- Gesundheitswesen & Pflegenotstand

Handlungsziele

G1: Die Staatsregierung beachtet den Schutz der psychischen Gesundheit bei der Entwicklung von Infektionsschutzmaßnahmen.

G2: Corona-Tests und Impfungen sind weiterhin niedrighschwellig verfügbar.

G3: Berufstätige im Gesundheits- und Pflegesektor werden während und nach der Corona-Pandemie entlastet, gefördert und fair entlohnt.



Handlungsziel

Die Staatsregierung beachtet den Schutz der psychischen Gesundheit bei der Entwicklung von Infektionsschutzmaßnahmen.

Die psychische Gesundheit während der Pandemie war eine der Herausforderungen, die der Bürgerrat als besonders wichtig erachtete. Die Teilnehmenden kritisierten, dass bei den Lockdowns und Beschlüssen einzelner Maßnahmen die psychische Gesundheit nicht ausreichend berücksichtigt und in die Abwägungen einbezogen wurde. Auch seien die Angebote psychischer Beratung und Versorgung regional sehr unterschiedlich aufgestellt, hier wurden besonders Diskrepanzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten problematisiert. Andere Teilnehmende vertraten die Perspektive, dass die Lockdowns in ländlichen Regionen aufgrund der anderen Wohnstrukturen und Freizeitangebote weniger psychisch belastend gewesen seien als in städtischen Ballungsgebieten.

Unterstützen Sie das Handlungsziel G1? (ja/nein)

84,2%

15,8%

G1

G1.1

Empfehlung

Bund und Länder sollen Expertinnen und Experten für psychische Gesundheit in die beratenden Gremien zur Corona-Pandemie einbeziehen.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

100%

Kontext & Hintergrund

Während der Pandemie wurden bevorzugt Virologen befragt, Perspektiven aus Berufsfeldern der psychischen Gesundheit und sozialen Arbeit waren unterrepräsentiert, obwohl die psychische Gesundheit durch die Corona-Maßnahmen belastet wurde.

Ideen zur Umsetzung

- Expertengremien sollen interdisziplinär besetzt sein: Es sollte geprüft werden, ob im Bundesexpertenrat fachliche Felder neben Medizin ausreichend repräsentiert sind
- Mehr Transparenz bzgl. Zusammensetzung von Expertengremien auf Bundes- und Landesebene
- Einrichtung eines interdisziplinären Expertenrats auch in Sachsen für jene Belange, die das Land selbst entscheiden kann, in dem Rat sollten Psychologinnen und Psychologen vertreten sein
- Um psychische Belastungen zu vermeiden, sollten Corona-Maßnahmen immer wieder auf ihre Wirkung und Sinnhaftigkeit geprüft werden (z.B. Beschränkungen & Maskenregeln im Freien)

Akteure

- Sächsische Staatsregierung
- Bundesregierung

G1.2

Empfehlung

Alle Arbeitgeber sollen eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für psychologische Beratung anbieten.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Anlaufstellen für psychologische Unterstützung waren wenig bekannt oder es dauerte zu lange, bis eine Beratung möglich war. Ein direktes Hilfsangebot am Arbeitsplatz wäre ein vereinfachter Zugang zu psychologischer Beratung.

Ideen zur Umsetzung

- Ansprechpartner für psychologische Notfälle in Betrieben - vergleichbar mit Brandschutzbeauftragten
- Betriebsärzte in psychologische Beratung einbinden
- Bei kleineren Unternehmen und Familienbetrieben sollte es eine Ansprechperson für psychische Gesundheit geben, die vermittelt und weiterleitet an Ärzte und Beratungsstellen
- Psychologische Frühwarnsysteme: Ansprechperson für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz sollte nicht nur für Krisen da sein, sondern auch präventive Angebote machen

Akteure

- Unternehmen
- Bildungseinrichtungen
- Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände
- Berufsverbände von Psychologen und Psychologinnen und Therapeuten und Therapeutinnen

G1.3

Empfehlung

Psychisch kranke Menschen sollen aktiv aufgesucht werden, um ihnen Unterstützung anzubieten.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Für psychisch kranke Menschen verstärkten die Lockdowns oft ihre gesundheitlichen Probleme. Häufig fehlte die Kraft für Eigeninitiative.

Ideen zur Umsetzung

- Mobile, aufsuchende Hilfsangebote für psychisch kranke Menschen
- Lokale Medien kommunizieren Hilfsangebote, um sie bekannt zu machen
- Telefondienste, die Hilfsangebote an Anrufer vermitteln

Akteure

- Träger der Sozialen Arbeit
- Psychologische Praxen & Therapieeinrichtungen
- Kommunen
- regionale/lokale Medien
- Hilfshotlines

Handlungsziel

Corona-Tests und Impfungen sind weiterhin niedrigschwellig verfügbar.

Den Umgang der Gesellschaft mit Ungeimpften betrachteten die Teilnehmenden des Bürgerrats als eine zentrale Herausforderung. Die Meinungen dazu waren unterschiedlich und wandelten sich im Laufe der Sitzungen. Während des Forum Corona zum Thema Gesundheit im September 2021 herrschte die Meinung vor, dass es nicht der richtige Weg sei, Druck auszuüben und Angst zu schüren. Stattdessen sollte zu Impfungen ermutigt werden und diese möglichst einfach verfügbar sein. Inmitten der vierten Welle im November 2021 dominierten die Stimmen derer, die strenge Restriktionen gegenüber Ungeimpften für richtig hielten. Im Januar 2022 verständigten sich die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe Gesundheit darauf, als Sächsischer Bürgerrat kein Urteil zur Impfpflicht abzugeben, da das Thema hochkomplex sei und auf Bundesebene entschieden werden müsse.

Als weitere Herausforderung betrachtete der Bürgerrat den unzureichenden Zugang zu Tests und Impfungen. Bei der Sitzung im September 2021 wurde die Abschaffung der kostenlosen Bürgertests kritisiert, im November 2021 die frühzeitige Schließung der Impfzentren, im Januar 2022 die mangelnde Verfügbarkeit von PCR-Tests.

Unterstützen Sie das Handlungsziel G2? (ja/nein)

86,8%

13,2%

G2

G2.1

Empfehlung

Es soll dauerhaft möglich sein, sich kostenlos auf das Coronavirus testen zu lassen.



Abstimmungsergebnis (ja/nein)

97,4%

2,6%

Kontext & Hintergrund

Kostenpflichtige Tests halten Menschen eher davon ab, sich testen zu lassen und ermutigen nicht zu einer Impfung. Die Kontrolle der Pandemie ist nur mit breit verfügbaren Tests möglich.

Ergänzung im Januar 2022: Deutschland ist im europäischen Vergleich schlecht aufgestellt, was PCR-Test-Kapazitäten angeht. Hier sollte eine Angleichung zwischen den Bundesländern und Orientierung an guten Beispielen (z.B. Österreich) stattfinden.

Ideen zur Umsetzung

- Expertengremien sollen interdisziplinär besetzt sein: Es sollte geprüft werden, ob im Bundesexpertenrat fachliche Felder neben Medizin ausreichend repräsentiert sind
- Mehr Transparenz bzgl. Zusammensetzung von Expertengremien auf Bundes- und Landesebene
- Einrichtung eines interdisziplinären Expertenrats auch in Sachsen für jene Belange, die das Land selbst entscheiden kann, in dem Rat sollten Psychologinnen und Psychologen vertreten sein
- Um psychische Belastungen zu vermeiden, sollten Corona-Maßnahmen immer wieder auf ihre Wirkung und Sinnhaftigkeit geprüft werden (z.B. Beschränkungen & Maskenregeln im Freien)

Akteure

- Kommunen
- Schulen und Kindergärten
- Pflegeeinrichtungen und Seniorenheime
- Sächsische Staatsregierung

Empfehlung**Die Kommunen sollen niedrigschwellige
Impfangebote machen.****Abstimmungsergebnis (ja/nein)**

81,6 %

18,4 %

Kontext & Hintergrund

Für viele Berufstätige, ältere Menschen oder Menschen, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, ist es schwierig, einen Impftermin zu vereinbaren. Es gibt unterschiedliche Gründe, sich nicht impfen zu lassen, mehr Druck führt eher zu Ablehnung. Darum müsse breit aufgeklärt und informiert werden.

Ideen zur Umsetzung

- Direkte Anfragen der Hausarztpraxis
- Anschreiben von der Stadt
- Mobile Impfstationen an bürgernahen Orten, z.B. Einkaufszentren und Märkten, Treffpunkten, an denen viele Menschen zusammenkommen
- Impfbusse einsetzen
- Informationsstand am Impfzentrum
- Bedürfnisse von ungeimpften Menschen erfragen und Angebote daran anpassen
- Informationsangebote in verschiedenen Formaten anbieten, auch analog, um (ältere) Menschen ohne Internet zu erreichen
- Erhöhung der Impfquote durch schriftliche Mitteilung eines Impftermins durch den Hausarzt (per Brief), d.h. Menschen müssen aktiv absagen
- Impfberatungen und -aufklärungen sollten auch über Arbeitgeber angeboten werden
- Beratungen auch für Impfskeptiker
- Transparenter Umgang mit Nebenwirkungen und Langzeitfolgen in Informationsangeboten

Akteure

- Kommunen
- Arztpraxen
- Gesundheitsämter
- Impfzentren
- Begegnungszentren (z.B. Seniorentreffs, Nachbarschaftszentren, ...)



Ich würde mir wünschen, dass Angebote für die Bürger und Bürgerinnen – Hotlines, Impfplattformen – funktionieren, zugänglich sind und die Behörden antworten. Kommunikationsangebote müssen immer funktionieren, damit Sorgen sofort beantwortet werden.

(Teilnehmer des Bürgerrats)

Handlungsziel

Berufstätige im Gesundheits- und Pflegesektor werden während und nach der Corona-Pandemie entlastet, gefördert und fair entlohnt.

Die Arbeitsbedingungen und der Fachkräftemangel in Pflege- und Gesundheitsberufen sind ein Problem, das die Pandemie verstärkt und gesamtgesellschaftlich sichtbar gemacht hat. Die Teilnehmenden des Forum Corona artikulierten Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen: Erstens hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in Pflege und Gesundheitsberufen, darunter Löhne, Arbeitszeiten und Belastungen des Personals, beispielsweise durch Bürokratie, die neben den eigentlichen pflegenden Tätigkeiten anfällt. Der Bürgerrat problematisierte, dass viele Mitarbeitende über Berufswechsel nachdenken und zogen daraus den Schluss, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern und Pflegeberufe attraktiver werden müssten. Neben den konkreten Bedingungen wurde zweitens die geringe gesellschaftliche Wertschätzung der Leistungen von Berufen im Gesundheitssektor als Herausforderung ausgewählt und diskutiert. Drittens kennzeichneten die Teilnehmenden des Bürgerrats den Profitzwang im Gesundheitssektor als eine Top-Herausforderung, die Handlungsbedarf erzeuge, da dieser zu mangelnder Ausstattung auf personeller und materieller Ebene führe.

Unterstützen Sie das Handlungsziel G3? (ja/nein)

97,4%

2,6%

G3

G3.1

Empfehlung

Fachkräfte im Pflege- und Gesundheitssektor sollen besser bezahlt werden.



Abstimmungsergebnis (ja/nein)

92,1%

7,9%

Kontext & Hintergrund

Fachkräfte sind während Corona und darüber hinaus unersetzlich und sollen für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden. Es müssen finanzielle und ideelle Anreize geschaffen werden, um Pflege- und medizinische Berufe langfristig attraktiv zu machen.

Ideen zur Umsetzung

- Sofortige höhere Stundenlöhne
- Steuererleichterungen bzw. höhere Steuerfreibeträge in Pflegeberufen
- Einrichtung einer Pflegekammer als Lobbyorganisation der Pflegenden
- Partizipative und teamorientierte Arbeitsgestaltung
- Organisations- und Teamentwicklung in Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

Akteure

- Bundesregierung
- Öffentliche und private Träger der Pflegeeinrichtungen und -dienste
- Berufsverband Pflegeberufe

G3.2

Empfehlung

Der Gesundheitssektor soll gemeinwohlorientiert arbeiten und keine Gewinne erwirtschaften müssen.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

89,5 %

10,5 %

Kontext & Hintergrund

Der Druck in Krankenhäusern, OPs durchzuführen und bei der Intensivversorgung zu sparen, wurde während der Pandemie sichtbar. Einige private Kliniken haben wegen der Freihaltepauschalen in der Pandemie Gewinne gemacht, während das Personal knapp und überlastet war. Die Finanzierung der Krankenhäuser, insbesondere das System der Fallpauschalen, sollte grundlegend neu gedacht werden. Eine Reinvestition von Gewinnen könnte den Gesundheitssektor ausreichend finanzieren, um attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte zu schaffen.

Ideen zur Umsetzung

- Gesetzliche Verpflichtung zur Reinvestition von Gewinnen in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- Patienten stärker einbeziehen durch bessere Aufklärung vor OPs und sonstigen Behandlungen - Bezahlung der Ärzte für diese Leistung
- Mehr demokratische Mitsprache, Prüfen: Volksentscheid zum Thema Gewinnorientierung des Gesundheitssystems; Bürgerrat zum Thema

Akteure

- Bundesregierung
- Träger von Kliniken und Pflegeeinrichtungen
- Krankenkassen
- Berufsverbände von Ärzten, Ärztinnen und Pflegeberufen

G3.3

Empfehlung

Berufe im Pflege- und Gesundheitssektor sollen durch flexible Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung unterstützt werden.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

97,4 %

2,6 %

Kontext & Hintergrund

Viele Fachkräfte haben sich während Corona wegen zu hoher Belastungen beruflich umorientiert. Es muss Anreize geben, die zur Berufswahl und langfristigen Ausübung von Pflege- und Gesundheitsberufen motivieren.

Ideen zur Umsetzung

- Möglichkeit von Teilzeit in Pflege- und Gesundheitsberufen
- Spezielle Kinderbetreuung während der Pandemie
- Arbeitszeiterweiterung für medizinische Berufe zurücknehmen
- Begrenzungen für Wochenend- und Nachtdienste
- Mehr Möglichkeiten, die Arbeitszeiten und Schichten mitzugestalten: partizipative Entscheidungsmodelle
- Prüfen: gesetzliche Vorgaben für Betreuungsschlüssel in der Pflege

Akteure

- Kliniken und Krankenhäuser
- Pflegedienste
- Bundesregierung und Landesregierungen
- Kommunen
- Tarifparteien (Arbeitgeber, Marburger Bund für Ärzte, Verdi)

Empfehlung

Der Berufseinstieg im Pflege- und Gesundheitssektor soll vereinfacht werden.

Abstimmungsergebnis (ja/nein)

78,9%

21,1%

Kontext & Hintergrund

Die Pflege hat seit langem mit einem Fachkräftemangel zu kämpfen. Während der Corona-Pandemie wurde der Personalmangel in der Pflege besonders deutlich. Ein vereinfachter Einstieg könnte dem entgegenwirken.

Ideen zur Umsetzung

- Ausbildung von ausländischen medizinischen und pflegerischen Fachkräften anerkennen
 - Im Ausbildungssystem mehr Möglichkeiten für Quereinsteiger bieten
 - Ausbildungskosten übernehmen
 - Qualitätssicherung und Kontrolle der Ausbildung gewährleisten, Feedbacksysteme entwickeln
 - Inhalte der Ausbildung an Altersstruktur der Lernenden anpassen (z.B. 16-Jährige nicht mit verstorbenen Menschen alleinlassen)
-

Akteure

- Bundesregierung
- Berufs- und Fachhochschulen
- Krankenkassen
- Berufsverbände der Pflegeberufe



Es hat mich demütig gemacht, was das für ein Arbeitsprozess ist – man sagt oft, die Politiker sollen mal hin machen und was entscheiden, aber jetzt merkt man, dass es eben dauert sich zu einigen.

(Teilnehmer des Bürgerrats)

Als Eltern, angehende Lehrkräfte oder Engagierte im Bildungsbereich machten die Teilnehmenden des Bürgerrats ähnliche Beobachtungen: Ein Kinderzimmer lässt sich nicht einfach zum Klassenraum umfunktionieren. Vier Wände und ein Bildschirm ersetzen den sozialen Lernort Schule nicht adäquat.

Die zweite inhaltliche Sitzung des Forum Corona wurde geleitet von den Fragen: Welche Probleme im Bildungssystem hat die Pandemie verstärkt sichtbar gemacht – und wie könnte man diese lösen? Wie kann das Krisenmanagement in Bildungseinrichtungen mit den Erfahrungen aus Corona-Zeiten besser funktionieren?

Dringenden Handlungsbedarf sahen die Teilnehmenden erstens beim Aspekt Schule und Digitalisierung, zweitens bei den sozialen und psychischen Folgen der Lockdowns und drittens bei der Bildungsgerechtigkeit der sogenannten Generation Corona.

Vor allem die soziale Isolation war in der Diskussion ein wiederkehrendes Thema. Nicht jedes Kind könne zu Hause allein lernen oder sich zu Leistung motivieren. Diese Situation führe zu psychischem Druck, besonders wenn jetzt Lernrückstände aufgeholt werden sollen. Viele Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten seien „komplett vergessen“ worden. Zum Beispiel, wenn Eltern beim Lernen nicht unterstützen konnten oder aber schlicht die Technik fehlte, um mit anderen in Kontakt zu bleiben.

Themen

- Schulen und Digitalisierung der Bildungsangebote
- Soziale und psychische Folgen der Lockdowns für Kinder, Jugendliche und Studierende
- “Generation Corona” und Bildungsgerechtigkeit

Handlungsziele

B1: Digitale und analoge Lehrmethoden werden im Bildungssystem regulär genutzt, kompetent vermittelt und miteinander verbunden.

B2: Alle Bildungseinrichtungen verfügen über eine zuverlässige, moderne und sichere digitale Infrastruktur.

B3: Eltern und Kinder werden befähigt, mit Krisensituationen und Stress im Schulalltag umzugehen.

B4: Das Bildungssystem schafft gleiche Lernvoraussetzungen für alle und geht auf individuelle Bedürfnisse und Stärken der Schülerinnen und Schüler ein.



Handlungsziel

Digitale und analoge Lehrmethoden werden im Bildungssystem regulär genutzt, kompetent vermittelt und miteinander verbunden.

Während der Corona-bedingten Schulschließungen ersetzte Homeschooling den Präsenzunterricht – dies stellte eine Neuerung für Lehrpersonal, Schülerinnen und Schüler wie auch Eltern dar. Als Top-Herausforderung für das Bildungssystem in der Pandemie definierte der Bügerrat die fehlende Ausbildung in digitalen Lehrmethoden der Lehrerschaft. Viele Bürgerinnen und Bürger teilten die Einschätzung, dass es vielfach an Wissen im Umgang mit digitalen Medien fehlte und sehr unterschiedliche Wissensstände vorherrschten. Daher sei auch die Umsetzung des Online-Unterrichts, in Abhängigkeit vom Engagement und Vorwissen der einzelnen Lehrpersonen, sehr unterschiedlich abgelaufen.

Unterstützen Sie das Handlungsziel B1? (ja/nein)

94,6%

5,4%

B1.1

Empfehlung

Digitale Didaktik und Methodik sollen im Lehramtsstudium vermittelt werden.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

97,3%

2,7%

Kontext & Hintergrund

Es gab sehr unterschiedliche Herangehensweisen beim Homeschooling. Die Qualität hing weitestgehend vom Engagement und Wissen der jeweiligen Lehrkräfte ab. Der Wissensstand der Lehrkräfte hinsichtlich digitaler Unterrichtsmethoden sollte entsprechend der veränderten Anforderungen verbessert und angeglichen werden.

Ideen zur Umsetzung

- Digitale Didaktik und Methodik im Lehramtsstudium als Fach einführen
- Verstärkte digital-pädagogische Ausbildung der Lehramtsstudierenden, digitale Wissensvermittlung verbessern

Akteure

- Universitäten
- Landesamt für Schule und Bildung
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Kultusministerkonferenz

B1

B1.2

Empfehlung

Die digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte sollen regelmäßig aktualisiert und evaluiert werden.

Abstimmungsergebnis (ja/nein)

94,6 %

5,4 %

Kontext & Hintergrund

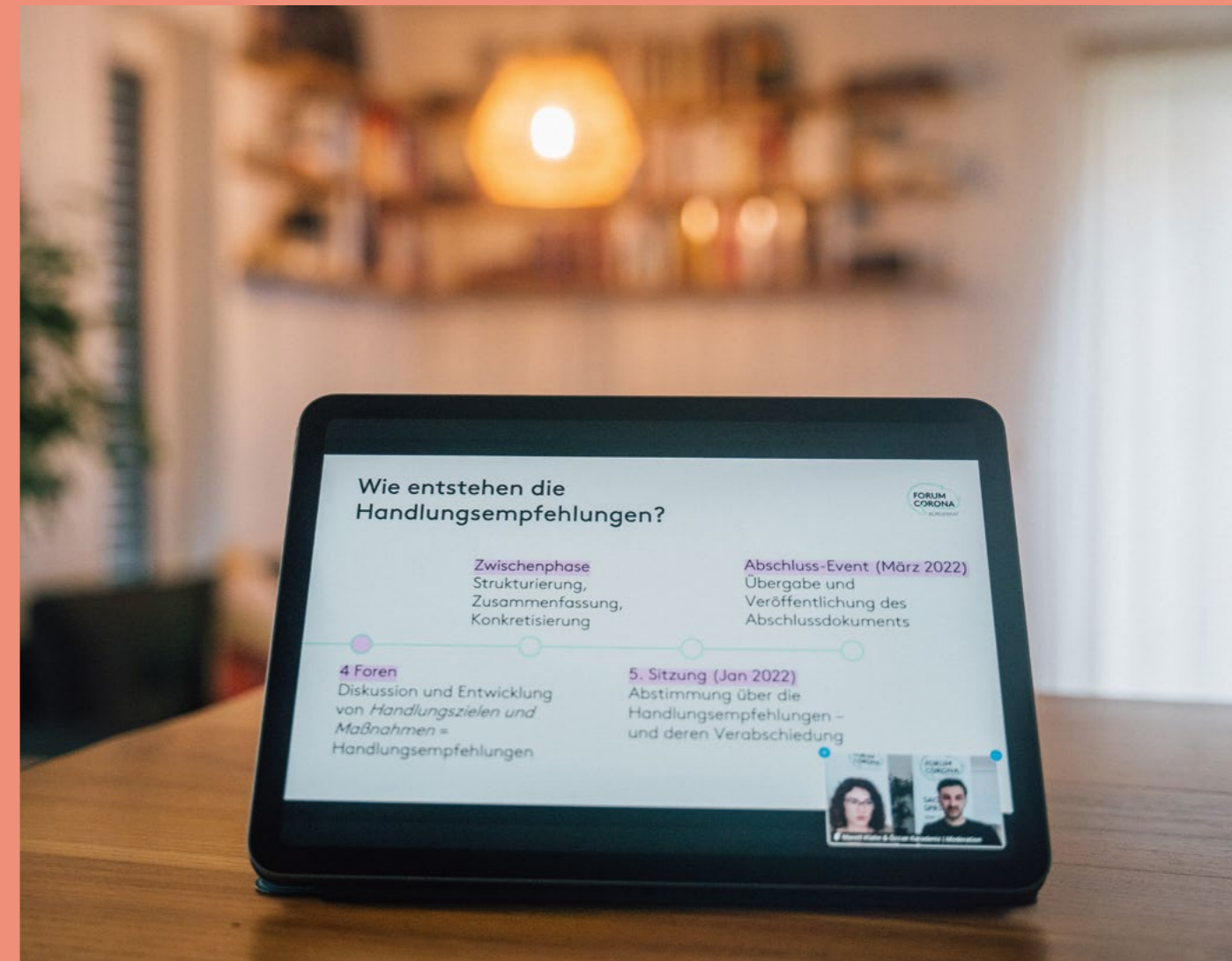
Für eine durchgängig hohe Qualität des Homeschoolings müssen Kompetenzen im Bereich digitaler Methoden vorhanden sein. Diese Kompetenzen sollten regelmäßig vermittelt, aufgefrischt und überprüft werden.

Ideen zur Umsetzung

- Ministerium verordnet Schulungen und Fortbildungen zur digitalen Kompetenzvermittlung
- Fortbildungen und Informationsmaterial zur digitalen Kompetenzvermittlung für Lehrkräfte leicht zugänglich und verfügbar machen
- Regelmäßige Evaluation der digitalen Kompetenzen

Akteure

- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Landesamt für Schule und Bildung
- Schulen



Der Gedanke, der mich begeistert, ist, dass Kinder am besten wissen, was sie brauchen. Man sollte sie mehr einbeziehen.

(Teilnehmerin des Bürgerrats)

Handlungsziel

Alle Bildungseinrichtungen verfügen über eine zuverlässige, moderne und sichere digitale Infrastruktur.

Der Bürgerrat erklärte die digitale Infrastruktur an Schulen zu einer weiteren Top-Herausforderung. Die Schulen seien nicht ausreichend technisch ausgestattet und vorbereitet gewesen. In diesem Zusammenhang erklärte der Bürgerrat auch das Thema Bildungsgerechtigkeit zu einer großen Herausforderung. Da nicht alle Kinder zu Hause die gleichen technischen Voraussetzungen haben, existiere auch in dieser Hinsicht Handlungsbedarf.

Unterstützen Sie das Handlungsziel B2? (ja/nein)

94,6%

5,4%

B2

B2.1

Empfehlung

Schulen sollen mit moderner digitaler Infrastruktur ausgestattet werden und entsprechende personelle Unterstützung erhalten.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

97,2%

2,8%

Kontext & Hintergrund

Während der Pandemie wurde die fehlende flächendeckende digitale Versorgung in Schulen und auch zu Hause sichtbar. Die technische Ausstattung an Schulen ist veraltet. Der Zugang zu technischen Endgeräten und deren Verteilung muss gerecht gestaltet werden.

Ideen zur Umsetzung

- Voraussetzung für erfolgreiches digitales Lernen: flächendeckender Breitbandausbau
- Breitbandanschluss und moderne technische Ausstattung an allen Schulen (Hard- und Software)
- Schulträger benötigen Unterstützung zur Sicherstellung des Ausstattungsauftrages
- Alle Schülerinnen und Schüler erhalten ein Tablet von den Schulen, das im Unterricht und zu Hause genutzt werden kann
- Leasing oder Ausschreibung für digitale Geräte und Wartungsdienstleistungen kann zentral über das Kultusministerium laufen
- IT-Spezialisten an Schulen einstellen, die bei der Aufbereitung von digitalen Unterrichtsangeboten und technischen Problemen helfen
- Geeignetes Personal muss nicht auf IT spezialisiert sein, es kann auch eine Informatiklehrkraft sein, die aber dafür explizit Ressourcen erhält
- Bücher sind in Sachsen kostenlos, das sollten die technischen Äquivalente auch sein

Akteure

- Bundesregierung (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) und Staatsregierung
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
- Schulträger
- Schule

B2.2

Empfehlung

Es soll eine beständige und niedrighschwellige staatliche Finanzierung von Digitalisierung geben, um Modernisierungsanforderungen gerecht zu werden.



Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Die Finanzierung von Digitalisierung an Schulen soll nicht einmalig sein, so wie der Digitalpakt, sondern beständig, um Modernisierungsanforderungen gerecht zu werden. Momentan ist zu wenig Geld vorhanden, um eine moderne technische Ausstattung zu finanzieren.

Ideen zur Umsetzung

- Vertrag zwischen Bundesregierung und Ländern
- Vereinfachung der Antragsmöglichkeiten und Förderrichtlinien für Kommunen
- Langfristig Finanztitel für die "Digitalausstattung" von Schulen schaffen (analog zu Schulbüchern)

Akteure

- Bundesregierung
- Sächsische Staatsregierung
- Schulträger

B2.3

Empfehlung

Eine bundesweit einheitliche, benutzerfreundliche und datenschutzrechtlich unbedenkliche Software soll als Lernplattform für Schulen eingeführt werden, auf der Unterrichtsmaterialien digital verfügbar gemacht werden können.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Sachsens digitale Plattform Lernsax war oft nicht funktionsfähig. Zusammenbrüche der Infrastruktur waren vermeidbar und hätten durch kurzfristige Investition behoben werden können.

Ideen zur Umsetzung

- Zentrale, leistungsfähige digitale Lernplattform
- Interaktive und animierte Bildungsangebote/Erklärvideos von Lehrerinnen und Lehrern, um Wissen zu vermitteln (mathematische Formeln, Biologieunterricht etc.)

Akteure

- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Kultusministerkonferenz

Handlungsziel

Eltern und Kinder werden befähigt, besser mit Krisensituationen im Schulalltag umzugehen.

Die Pandemie hat Kinder, Jugendliche und ihre Eltern vor bisher ungekannte Herausforderungen gestellt und die Verantwortungsverteilung zwischen Eltern und Schulen verändert. In diesem Zusammenhang kennzeichnete der Bürgerrat die fehlende fachlich-pädagogische Unterstützung für Eltern als besonders gravierende Herausforderung. Viele Eltern fühlten sich alleingelassen, es fehlte an Unterstützung für die Bewältigung der häuslichen Betreuung. Viele Eltern waren mit dem Umstand, als Lehrkraft fungieren zu müssen, überfordert. Bemängelt wurde zudem, dass digitale Absprachen mit den Lehrkräften oft nicht funktionierten. Die Schulschließungen haben für Kinder und Jugendliche starke Auswirkungen. Sie benötigen mehr Unterstützung bei der Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen für den Unterricht und sozialen Austausch und der Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen. Zudem benötigen sie kompetente und erreichbare Ansprechpersonen bei extremen Stress- und Belastungssituationen.

Unterstützen Sie das Handlungsziel B3? (ja/nein)

88,9%

11,1%

B3

B3.1

Empfehlung

Das Kultusministerium soll einen konkreten Notfallplan für Krisensituationen erarbeiten, der eine Strategie für die Betreuung von Schülern und Schülerinnen während und nach Krisensituationen bestimmt.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

100%

Kontext & Hintergrund

Im Bildungsbereich herrschte oft eine Art "Feuerwehrprinzip" mit kurzfristigen, wenig durchdachten Ansätzen und Lösungen.

Ideen zur Umsetzung

- Flexible Modelle, um auf Infektionsgeschehen zu reagieren, z.B. Präsenzunterricht für halbe Klassen mit wöchentlichem Wechsel
- Einheitliche Schulbücher mindestens innerhalb einer Schule
- "Krisenmanagerin oder -manager in Schulen" auf Ministeriumsebene einführen, bei der/dem im Notfall alle Informationen zusammenlaufen

Akteure

- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Landesamt für Schule und Bildung
- Schulen

B3.2

Empfehlung

Es sollen (präventive) Hilfsangebote für Eltern in Krisensituationen eingeführt werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

91,7%

8,3%

Kontext & Hintergrund

Im Homeschooling mangelte es, trotz z.T. extremer Belastungen, an fachlicher, pädagogischer und psychologischer Unterstützung für Schülerinnen oder Schüler und Eltern. Diese brauchen Ansprechpartner für die individuellen Bedürfnisse und Betreuung der Kinder zu Hause.

Ideen zur Umsetzung

- In einem regelmäßigen und engen Austausch über feste Strukturen sollen Lehrkräfte Eltern über den Lernfortschritt ihrer Kinder informieren
- Psychologische Beratung für Eltern während Homeschooling
- Didaktische und fachliche Beratung für Eltern während des Homeschooling
- Schulen verteilen Informationsmaterial (per Mail) an Eltern
- Nachhilfeangebote (auch durch externe Anbieter) o.ä. kostenlos an Schulen anbieten
- Notrufsystem für vernachlässigte Kinder und Jugendliche
- Personelle Ressourcen für Unterstützungsangebote schaffen

Akteure

- Kommunen
- Schulen
- Schulträger
- Kultusministerium
- Psychologische Beratungsstellen
- Familienberatungsstellen

B3.3

Empfehlung

Schülerinnen und Schüler sollen verstärkt Lernmethoden und -techniken lernen ("das Lernen lernen").

Abstimmungsresultat (ja/nein)

89,2%

10,8%

Kontext & Hintergrund

Es gibt unterschiedliche Lerntypen, während des Homeschooling war alleine Lernen eine besondere Herausforderung. Kinder sollen befähigt werden, besser unabhängig mit dem Unterrichtsmaterial zu arbeiten, sowie darüber hinaus lernen, besser mit Stress und Krisen umzugehen.

Ideen zur Umsetzung

- Altersgerechte Angebote für Lernstrategien im Unterricht anbieten (eigenständiges Lernen ist für jüngere Kinder schwierig)
- Partizipatives Projekt zwischen Schülerinnen/Schülern und Lehrkräften, um herauszufinden, welche Online-Methoden für alle attraktiv sind
- Tandemprinzip beim Onlineunterricht (weniger starke Schülerinnen/Schüler lernen gemeinsam mit stärkeren)
- Überprüfung der Lehrpläne auf altersgerechte Inhalte
- Förderunterricht von externen Didaktikern, die den Kindern beibringen, das "Lernen zu lernen"
- Praktische Vermittlung von Methoden der Stressbewältigung in der Schule, zudem Kinder und Jugendliche ermutigen, über Druck zu sprechen und damit psychische Probleme weiter enttabuisieren
- Teilnahmekontrolle des Online-Unterrichts und bei Bedarf aktive Unterstützung von Schülerinnen/Schülern, die regelmäßig nicht (aktiv) teilnehmen

Akteure

- Schulen und Lehrkräfte
- Schülerinnen und Schüler
- Bildungsgewerkschaften und Lehrerverbände

Handlungsziel

Das Bildungssystem schafft gleiche Lernvoraussetzungen für alle und geht auf individuelle Bedürfnisse und Stärken der Schülerinnen und Schüler ein.

Ungleiche Chancen im Bildungssystem sind seit langem eine politische Herausforderung, durch Corona wurden sie weiter verstärkt. Dies wurde vom Bürgerrat als zentrale Herausforderung benannt und diskutiert. Die Teilnehmenden hoben hervor, dass die Lernvoraussetzungen von Kindern vom sozialen Milieu und den Sprachkenntnissen der Eltern abhängen. Im Homeschooling konnten Eltern ihren Kindern daher in sehr unterschiedlichem Maße bei den Aufgaben helfen. Damit verschränkt ist die Herausforderung, dass durch die Schulschließungen sehr unterschiedliche Wissenslücken entstanden sind, die aufgeholt werden müssen. In der Diskussion legten die Teilnehmenden Wert darauf, dass es dabei nicht nur um das Fachwissen gehe, sondern auch das soziale Lernen, das durch Corona zu kurz gekommen sei - die Kinder müssten wieder Anschluss an die Inhalte finden, aber auch an soziale Kontakte.

Unterstützen Sie das Handlungsziel B4? (ja/nein)

97,2%

2,8%

B4

B4.1

Empfehlung

Schulen sollen nachmittags außerschulische Aktivitäten und Betreuung anbieten, die die Stärken und Interessen der Kinder fördern.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

94,6%

5,4%

Kontext & Hintergrund

Sozialer Austausch hat zu Zeiten von Corona gefehlt und Wissenslücken müssen aufgeholt werden. Lernvoraussetzungen und Informationsstand sind stark von Milieu und Sprachkenntnissen abhängig und führen zu Bildungsungerechtigkeit, wenn es keine Ausgleichsangebote vonseiten der Schulen gibt.

Ideen zur Umsetzung

- Schulträger sollen den Schulen Mittel für Bildungsangebote sowie individuelle Förderung (Sprachkurs, Nachhilfe) unbürokratisch zur Verfügung stellen
- Verpflichtendes Angebot von Hausaufgabenhilfe am Nachmittag an Schulen, um Kindern aus benachteiligten Familien zu helfen
- Nachmittags Förderunterricht für Kinder mit LRS
- Ehrenamtliche unterstützen beim Ausgleich von sprachlich bedingten Nachteilen von Schülern und Schülerinnen – regionale Koordination durch Schulen in Kooperation mit z.B. Unis oder Lehrerinnen und Lehrern im Ruhestand
- Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" verlängern
- Bürgerstiftung Sachsen soll Fördermittel bereitstellen, die individuell und unterjährig beantragt werden können (z.B. für Sprachförderung)
- Ganztagschulen

Akteure

- Sächsische Staatsregierung
- Schulträger
- Schulen
- Universitäten, Lehramtsstudierende
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

B4.2**Empfehlung**

Der Lehrerberuf soll durch gesellschaftliche Aufwertung und bessere Bezahlung mehr wertgeschätzt und attraktiver gemacht werden.

Abstimmungsergebnis (ja/nein)**Kontext & Hintergrund**

Der Lehrkräftemangel ist eine Folge von zu wenig Wertschätzung, Bezahlung und Stellenabbau. Der Mangel an Lehrpersonal wurde während der Pandemie besonders deutlich und belastend.

Ideen zur Umsetzung

- Höhere Gehälter für Lehrkräfte
- Zusätzlich eine Einmalzahlung als besondere Wertschätzung der Leistungen während der Pandemie
- Zulassung zum Studium auch über pädagogische Eignung und "Softskills" regeln
- Betreuungsschlüssel sollte insbesondere bei hoher Zahl von benachteiligten Schülerinnen und Schülern niedriger sein
- Lehrkräftestellen müssen vorausschauend besetzt werden in der Stadt und auf dem Land (Kultusministerium) - abhängig von Geburtenzahl der Jahrgänge
- Höhere gesellschaftliche Wertschätzung durch positive Berichterstattung in den Medien

Akteure

- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Schulträger und Schulen
- Medien

B4.3**Empfehlung**

Kleinere Klassengrößen und Tutoren sollen eingeführt werden, um die beste Unterstützung und Betreuung von Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen und Lehrkräfte zu entlasten.

**Abstimmungsergebnis (ja/nein)****Kontext & Hintergrund**

Die Forderung nach kleineren Klassengrößen besteht schon lange, doch Corona hat gezeigt, wie gut kleinere Klassengrößen funktionieren. Hier entsteht potenziell auch die Möglichkeit, förderbedürftige Kinder früh zu identifizieren und zusätzliche Betreuung anzubieten.

Ideen zur Umsetzung

- Lehramtsstudierende an Schulen einbinden
- Ländlichen Raum fördern: Wenn Studierende im ländlichen Raum Nachhilfe geben, sollen sie Reisekosten steuerlich geltend machen können bzw. ein Bildungsticket bereitgestellt bekommen
- In der Krise Studierende, Didaktiker, Referendare unterrichten lassen – Unterrichtsausfall vermeiden!

Akteure

- Schulen
- Universitäten

B4.4

Empfehlung

Die Inhalte des Lehrplans sollen entschlackt und priorisiert werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Nach längerem Unterrichtsausfall im Homeschooling steht im Vordergrund, grundlegendes Wissen aufzuarbeiten und soziale Kompetenzen zu fördern. Dabei soll der Druck, alles inhaltliche Wissen nachzuholen, abgebaut werden.

Ideen zur Umsetzung

- Prüfung aller Lehrinhalte auf Relevanz und Neustrukturierung der Lehrpläne
- Grundlegende Inhalte der Lehrpläne bundesweit vorgeben, damit nicht jedes Bundesland andere Inhalte priorisiert
- Zum individuellen Arbeiten und Tempo ermutigen – Rücksicht auf den Lernstand der Kinder

Akteure

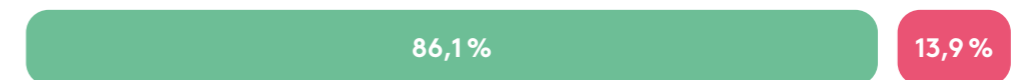
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus

B4.5

Empfehlung

Schulen sollen mehr Handlungsspielraum bekommen, um mit Unterrichtsmethoden und -inhalten experimentieren zu können.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Auch vor Corona gab es schon Bedarf an Reformen, die das homogene Schulsystem besser an die heterogene Schülerschaft anpassen. Ein Bildungssystem, das auf individuelle Bedürfnisse, Kompetenzen und Stärken eingeht, muss flexibel genug sein, Inhalte und Methoden anpassen zu können. Das ist besonders für das Aufholen von Wissenslücken nach Corona essenziell.

Ideen zur Umsetzung

- Evaluation bei den Lehrenden machen: Wo brauchen sie Unterstützung? Was hilft ihnen bei den Aufgaben, die auf sie zukommen?
- Evaluation in jeder Klasse und bei allen Schülern, was gebraucht wird und Bildungsangebote darauf individuell zuschneiden
- Schulen mehr (finanzielle) Ressourcen zur Verfügung stellen
- Gewählte Schülerinnen und Schüler fungieren als Sprachrohr für Bedürfnisse - im regelmäßigen Austausch mit Lehrkräften
- Lehrpläne in der Krise individuell umgestalten, damit Flexibilität möglich ist
- Vielfalt der Schulträger erhalten und ausbauen

Akteure

- Schulträger
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Schüler und Schülerinnen
- Lehrpersonal

Corona bestimmte wieder verstärkt den Alltag, als sich das Forum Corona im November 2021 zu seiner dritten inhaltlichen Sitzung traf, um das Handlungsfeld Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu diskutieren. Erst einen Tag zuvor hatte die sächsische Regierung eine neue Verordnung mit erheblichen Einschränkungen verkündet, um den Anstieg der Inzidenzen zu bremsen. In dieser Situation war es den Teilnehmenden ein Bedürfnis, sich mit den aktuellen Regelungen zu befassen. Eine Meinungsumfrage ergab dabei folgende Momentaufnahme: Während eine Hälfte des Bürgerrats den sächsischen „Wellenbrecher“ für richtig hielt, verneinte die andere dies. Mehrheiten gab es dagegen für eine Verlängerung der staatlichen Hilfen und das Ziel, die Schulen geöffnet zu halten. Auch die wieder eingeführte Homeoffice-Pflicht traf auf Zustimmung, mehrheitlich wurde auch die 2G-Regelung in Einzelhandel, Kultur und Gastro für richtig gehalten.

Abseits der Diskussion zu den aktuellen Maßnahmen widmete sich der Bürgerrat den langfristigen Folgen von Corona rund um das Thema Wirtschaft. Dabei beschäftigten sich die Teilnehmenden schwerpunktmäßig mit den Themen Vereinbarkeit von Arbeit und Kinderbetreuung, Solidarität mit Berufsgruppen, die besonders von Corona betroffen waren und der Situation von mittelständischen und kleinen Unternehmen. Hierbei wurde deutlich, dass die Pandemie viele Probleme verschärfte, die auch schon vor Corona herrschten, wie zum Beispiel die Herausforderung für Eltern, Kindererziehung und Karriere zu vereinen.

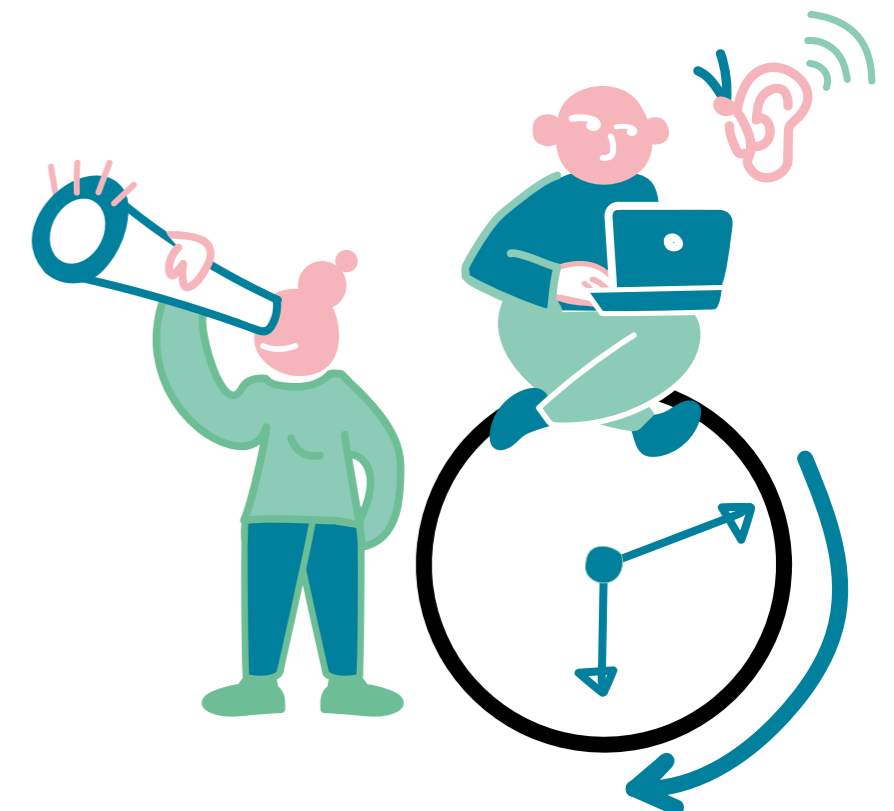
Themen

- Vereinbarkeit von Arbeit und Kinderbetreuung
- Solidarität mit “Corona-Verlierern”
(z.B. Menschen, die ihren Job verloren haben, Menschen mit geringem Einkommen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen)
- Insolvenzen und Verschuldung (v.a. Folgen für kleine Unternehmen, Mittelstand und Einzelhandel, Selbstständige)

Handlungsziele

W1: Arbeitszeiten sind flexibel und können während der Pandemie an die individuelle Situation der Arbeitnehmer angepasst werden.

W2: Branchenspezifische Belastungen und Herausforderungen während Corona sind identifiziert und werden in Maßnahmen berücksichtigt.



Handlungsziel

Arbeitszeiten sind flexibel und können während der Pandemie an die individuelle Situation der Arbeitnehmer angepasst werden.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde auch schon vor der Corona-Pandemie diskutiert. Doch in Zeiten von Homeoffice und Homeschooling wurde diese Herausforderung den Bürgerinnen und Bürgern noch einmal verstärkt vor Augen geführt. Einerseits erwarteten die Arbeitgeber hohe Flexibilität von ihren Angestellten, andererseits waren die Kinderbetreuungsmodelle nicht flexibel genug, um eine durchgehende Betreuung zu gewährleisten. Ein weiteres Problem sei die fehlende Toleranz von Arbeitgebern, sich an die Bedürfnisse von Arbeitnehmern in der Krisenzeit der Pandemie anzupassen, beispielsweise, wenn diese wegen Kinderbetreuung auf flexible Arbeitszeiten angewiesen waren.

Unterstützen Sie das Handlungsziel W1? (ja/nein)

94,4%

5,6%

W1.1

Empfehlung

Es soll mehr Vielfalt in den staatlich unterstützten Kinderbetreuungsmodellen geben.



Abstimmungsergebnis (ja/nein)

91,7%

8,3%

Kontext & Hintergrund

Kinderbetreuung muss sowohl für Familien, die im Homeoffice sind, als auch die, die nicht ins Homeoffice gehen können, garantiert werden. Auch die Zeiten der Kinderbetreuung sind zu unflexibel, sie müsste bis 18 Uhr gewährleistet werden können.

Ideen zur Umsetzung

- Expertengremien sollen interdisziplinär besetzt sein: Es sollte geprüft werden, ob im Bundesexpertenrat fachliche Felder neben Medizin ausreichend repräsentiert sind
- Ausweitung der Betreuungszeiten von Betreuungseinrichtungen speziell in Pandemiezeiten
- Tagesmütter und -väter als staatl. gestütztes Modell
- Personaldecke wird (in Pandemie und darüber hinaus) höher gesteckt ("Pluspersonal") - insbesondere für Ausnahmesituationen - zur Ausweitung der Betreuungszeiten und Erhöhung der Flexibilität
- Mittelfristige Ausweitung des Betreuungsschlüssels in Kinderbetreuungseinrichtungen

Akteure

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Sächsisches Staatsministerium für Kultus
- Kommunen
- Kinderbetreuungseinrichtungen und Träger

W1

W1.2

Empfehlung

Arbeitgeber sollen verstärkt Teilzeitmodelle anbieten, um Kinderbetreuung und Arbeit besser vereinbaren zu können. Diese Modelle sollen auch staatlich unterstützt werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Während der Pandemie wurde das Problem der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf sichtbarer denn je. Deshalb müssen Arbeitgeber auch von staatlicher Seite darin unterstützt werden, ihren Arbeitnehmern Flexibilität zu ermöglichen. Besonders in der Schichtarbeit ist die parallele Kinderbetreuung erschwert und erfordert enge Absprachen zwischen Arbeitgebern und Mitarbeitenden.

Ideen zur Umsetzung

Grundsätzlich, über Pandemie hinaus:

- 35h-Woche bei gleichem Gehalt
- feste Kernzeiten plus flexible Arbeitsstunden
- Ost-West-Angleichung für alle Branchen

Pandemiebezogen:

- Keine Obergrenze bei Kinderkranktagen; Kinderkranktage sollten übertragbar auf Dritte sein (nicht nur innerhalb der Familie)
- Schnelle Einführung der Homeofficepflicht während der Pandemie
- Unternehmen sollen verpflichtet werden zu prüfen, welche Tätigkeiten im Homeoffice ausgeführt werden können und Grundlagen dafür zu schaffen, dass zu Hause gearbeitet werden kann
- Bei Tätigkeiten, die nicht im Homeoffice ausgeführt werden können: flexible Arbeitszeiten ermöglichen
- Wenn flexible Arbeitszeiten nicht möglich sind: vorübergehend Kinderbetreuungseinrichtungen auf Werksgelände einrichten (ggf. mit finanzieller Unterstützung durch Land/Bund)

Akteure

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände
- Kommunen
- Gewerkschaften
- Große Unternehmen

W1.3

Empfehlung

In Krisensituationen soll es einen verstärkten Kündigungsschutz geben.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Die Corona-Pandemie ist eine Ausnahmesituation, die besondere Anforderungen an die Arbeitsweise der Arbeitnehmenden stellt. In der Krise ist es daher umso wichtiger, dass Arbeitgebende tolerant reagieren und in die Eigenständigkeit ihres Personals vertrauen. Fehlt dieses Vertrauen, ist der gesetzliche Schutz von Mitarbeitenden besonders wichtig.

Ideen zur Umsetzung

- Regelungen zum Kündigungsschutz sollten differenziert formuliert werden: stärkerer Kündigungsschutz bei größeren Unternehmen, bei kleineren lockerer handhaben
- Durch Insolvenzschutz Arbeitsplätze sichern
- Wie der Arbeitgeber beim Insolvenzschutz, sollte der Arbeitnehmer durch Kündigungsschutz geschützt werden
- Wenn staatliche Fördermaßnahmen in Unternehmen greifen, muss der Kündigungsschutz auch aufrechterhalten bleiben
- Telefondienste, die Hilfsangebote an Anrufer vermitteln

Akteure

- Bundesregierung und Bundestag
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium der Justiz
- Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

Handlungsziel

Branchenspezifische Belastungen und Herausforderungen während Corona sind identifiziert und werden in Maßnahmen berücksichtigt.

Verschiedene Branchen und Formen der Anstellung waren sehr unterschiedlich von der Corona-Pandemie betroffen. Einige konnten ihren Beruf nicht mehr ausüben, wie Solo-Selbstständige oder Kulturschaffende, andere waren hingegen übermäßig stark belastet, wie Berufstätige in der Pflege. Die Situation von Klein- und Einzelunternehmen sowie Solo-Selbstständigen sei in den finanziellen Corona-Hilfen nicht ausreichend beachtet worden, stellte der Bürgerat fest. Auch die dauerhafte Belastung der Wirtschaft durch lange Lockdowns und hohe Planungsunsicherheit wurde als sehr herausfordernd erachtet. Den Grund dafür sahen viele in der niedrigen Impfquote, durch die weiterhin restriktive Maßnahmen notwendig sind.

Unterstützen Sie das Handlungsziel W2? (ja/nein)

97,2%

2,8%

W2.1

Empfehlung

Finanzielle Förderung soll für alle, die einen Anspruch darauf haben, unbürokratisch und zeitnah verfügbar sein.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

100%

Kontext & Hintergrund

Bei der Vergabe finanzieller Unterstützung sollte darauf geachtet werden, wer besonders betroffen ist und evtl. durch hohe Mieten oder Ausgaben einen höheren Förderbedarf hat. Für (Solo-)Selbstständige und Kleinunternehmer und -unternehmerinnen hat das Kurzarbeitergeld keinen Sinn gemacht, sie fielen aus vielen Förderprogrammen völlig heraus.

Ideen zur Umsetzung

- Pandemisches Grundeinkommen für hart betroffene Branchen, das in Notsituationen greift
- Unterhaltsgeld (kein Darlehen) statt ALG II (hier werden sonst Vermögen/Ersparnisse angerechnet)
- Bei Kunstschaaffenden und Solo-Selbstständigen Lebenshaltungskosten in Förderung einbeziehen, da kaum fixe Betriebsausgaben vorhanden sind

Akteure

- Bundesregierung
- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Verwaltungen
- Verbände, die Kunst- und Kulturschaffende bzw. Solo-Selbstständige vertreten und betreuen

W2

W2.2

Empfehlung

Die Regierung soll wissenschaftliche Studien beauftragen, die die Risiken für eine Corona-Infektionen genau identifizieren, um zu entscheiden, welche Branchen mit welchen Maßnahmen belegt werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Die Maßnahmen wurden pauschal verhängt, ohne ausreichend zwischen verschiedenen Branchen zu differenzieren und mit belastbaren Studien zu begründen, warum z.B. das Hotelgewerbe schließen musste. Die Inzidenzen in Sachsen waren beispielsweise mit Thüringen vergleichbar, es gab aber weniger strenge Maßnahmen (Bsp.: im Hotelgewerbe in Thüringen 2G, in Sachsen keine touristischen Übernachtungen).

Ideen zur Umsetzung

- Studien zur Differenzierung von Risiken der Infektion in unterschiedlichen Branchen
- Handels- und Interessensverbände einbinden

Akteure

- Sächsische Staatsregierung
- Universitäten u.a. Forschungseinrichtungen
- Handels- und Interessensverbände

W2.3

Empfehlung

Die Impfquote soll hoch genug für ein sicheres Ende der Infektionsschutzmaßnahmen sein.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Letztendlich ist die niedrige Impfquote ein grundlegendes Problem, vor allem für Kleinunternehmer: Sie leiden besonders unter den wiederkehrenden Lockdowns oder Schließungen. Daher ist eine erfolgreiche Impfkampagne Voraussetzung für eine Normalisierung und wirtschaftliche Stabilisierung.

Ideen zur Umsetzung

Impfkampagne:

- Statt großem Fokus auf Einzelfällen mit "Impfproblemen", größerer Fokus auf Menge an positiven Erfahrungen und Geschichten
- Impfpflicht für alle Berufsgruppen
- Keine Impfpflicht, sondern Motivation durch positive Berichte und Erfahrungen von bereits geimpften Menschen
- Ermutigung zur Impfung statt "Angstkampagnen" (weder von Politik noch Medien)
- Experten und Expertinnen öffentlich kontrovers diskutieren lassen
- Sachlichkeit: die Impfung ganz konkret erklären mit Für-/Wider-Argumenten (auch Nebenwirkungen der Impfung benennen)

Kontaktnachverfolgung:

- Bundesweit einheitliches Vorgehen bei Kontaktnachverfolgung durch Nutzung der Corona-Warn-App
- Gleichzeitig anonyme Daten nutzen für Studien zu Infektionsgeschehen

Akteure

- Kommunen
- Sächsische Staatsregierung
- Medien
- Bundesregierung
- Medizinisches Fachpersonal



**Homeoffice heißt nicht,
dass man Zeit hat für's
Homeschooling.**

(Teilnehmerin des Bürgerrats)



**Das Bürokraten-Deutsch habe
ich nicht verstanden. Viele ver-
stehen gar nichts mehr, dann
entsteht Frustration.**

(Teilnehmer des Bürgerrats)

Wie lässt sich das Vertrauen in Politik und Gesellschaft nach zwei Jahren Corona-Pandemie zurückgewinnen? Der Bügerrat Forum Corona diskutierte diese Frage am 11. Dezember 2021 nicht allein. Am Dialog von 50 Sächsinen und Sachsen nahmen in der vierten inhaltlichen Sitzung auch Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Katja Meier (Bündnis 90/Die Grünen) teil, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Sie, die sonst Antworten geben, stellten nun Fragen an die Alltagsexpertinnen und -experten. Wie kann die Impfkampagne vorangetrieben werden? Wie sollte eine Aufarbeitung der Pandemie aussehen? Welche Formate braucht es dafür?

Die Bürgerinnen und Bürger wussten es zu schätzen, dass sich die Regierungsvertreter Zeit genommen hatten, um sich einen Zwischenstand ihrer Arbeit anzuhören. Auch für die weitere Aufarbeitung der Corona-Pandemie empfahlen sie einen engen Austausch zwischen Politik und Bevölkerung, zum Beispiel mit Dialogformaten wie Bügerräten in den Gemeinden.

In kleinen Arbeitsgruppen wurde zudem diskutiert, wie Politik und Verwaltung künftig besser funktionieren könnten. Bürgernähe, Krisenkommunikation und Föderalismus waren Kernthemen, für die konkrete Maßnahmenideen erarbeitet wurden. Außerdem sprachen die Teilnehmenden über die Krisenkommunikation von Politik und Verwaltung. Hierbei sahen sie es als große politische Herausforderung, transparent und ehrlich über Fehlbarkeit und sich veränderndes Wissen zu kommunizieren.

Themen

- Bürgernähe von Verwaltung und Politik
- Föderalismus in der Corona-Krise
- Krisenkommunikation

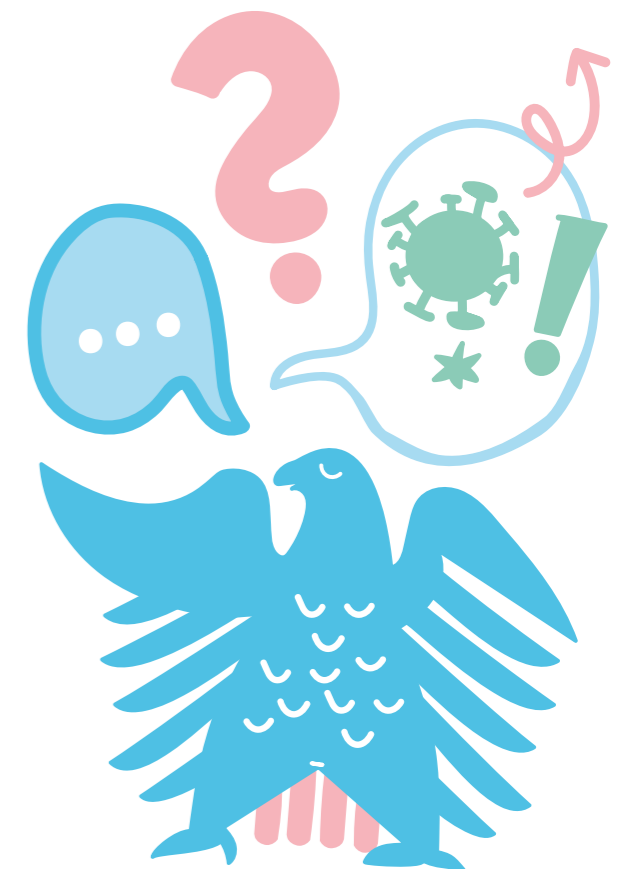
Handlungsziele

P1: Zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern herrscht ein stetiger, wechselseitiger Informationsfluss.

P2: Politik und Verwaltung haben eine klare demokratische Haltung und positionieren sich gegen demokratiefeindliche Bestrebungen.

P3: Grundlegende Angebote werden während einer Krise bundesweit zentral geregelt, aber föderal praktisch umgesetzt.

P4: Die Krisenkommunikation ist transparent, sachlich und nachvollziehbar und schafft Vertrauen.



Handlungsziel

Zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern herrscht ein stetiger, wechselseitiger Informationsfluss.

Die Bürgerinnen und Bürger bemängelten, dass Entscheidungen zu neuen Infektionsschutzmaßnahmen von oben herab getroffen wurden, ohne die Stimmen von Betroffenen und Expertinnen und Experten aus der Bevölkerung einzubeziehen. Es gab nicht genügend Informationsfluss zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung, sodass Kritik an oder neue Vorschläge für angepasste Maßnahmen nicht auf den entscheidenden Ebenen ankamen.

Unterstützen Sie das Handlungsziel P1? (ja/nein)

89,2%

10,8%

P1

P1.1

Empfehlung

Bei wichtigen politischen Entscheidungen wie der Entwicklung von Infektionsschutzmaßnahmen soll die Politik die Expertise von Expertinnen, Experten und Betroffenen aus der Bevölkerung einbeziehen.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

100%

Kontext & Hintergrund

Manche Entscheidungen zu Infektionsschutzmaßnahmen waren schwer nachvollziehbar und nicht eindeutig wissenschaftlich fundiert. Sie wurden teilweise von oben herab entschieden und die Alltagsexpertise der Bevölkerung wurde nicht eingeholt, bspw. im Bereich Bildung. Die Politik sollte mehr Menschen aus unterschiedlichen Berufsgruppen und wissenschaftlichen Feldern als Expertinnen und Experten anerkennen, nicht nur (Natur-)Wissenschaftler.

Ideen zur Umsetzung

- Arbeitsgruppen mit Fachexpertise aus verschiedenen Berufsgruppen und Betroffenen-Perspektiven in Entscheidungen einbeziehen
- Analog zum Bürgerrat einen Lehrerrat, der dem Kultusministerium zuarbeitet
- Mehr Beratungsgremien "von unten nach oben", z.B. wie in Sachsen einen Krisenstab aus Medizinerinnen
- Regelmäßige Gespräche zwischen Landespolitik und Kommunalvertretern, da nur diese die Implementationsprobleme vor Ort kennen
- Regelmäßige Auftritte von Landespolitikern in den Kommunen, um Anregungen aus der Bevölkerung aufzugreifen, Antworten zu geben und politisches Handeln zu erklären

Akteure

- Personalräte
- Elternvertretungen
- Seniorengremien
- Gaststättenvertretungen, Apothekerverband, andere berufliche Verbände
- Gewerkschaften
- Kommunalpolitiker (Bürgermeister, Landräte und deren Interessenvertretungen, z.B. Städte- und Gemeindetag, Landkreistag)

P1.2

Empfehlung

Nach neuen Verordnungen soll Feedback von der Bevölkerung eingeholt und evaluiert werden.



Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Bürgerinnen und Bürger hatten selten die Möglichkeit, auf die Corona-Maßnahmen zu reagieren, die ihr Leben so vielfältig und direkt betrafen – oder ihre Stimmen wurden zu wenig gehört. Feedbackmöglichkeiten müssen niedrigschwellig für alle nutzbar und öffentlich einsehbar sein sowie transparent abgewogen werden. Dabei ist wichtig, dass Feedbackkanäle vor Hatespeech und Falschmeldungen geschützt sind.

Ideen zur Umsetzung

- System für Bewertungen und Feedback an Politik (ähnliche wie Abgeordnetenwatch)
- Online-Umfragen
- Nutzung von Social-Media-Kanälen
- Nur Feedback mit Klarnamen ermöglichen, nicht für alle einsehbar machen

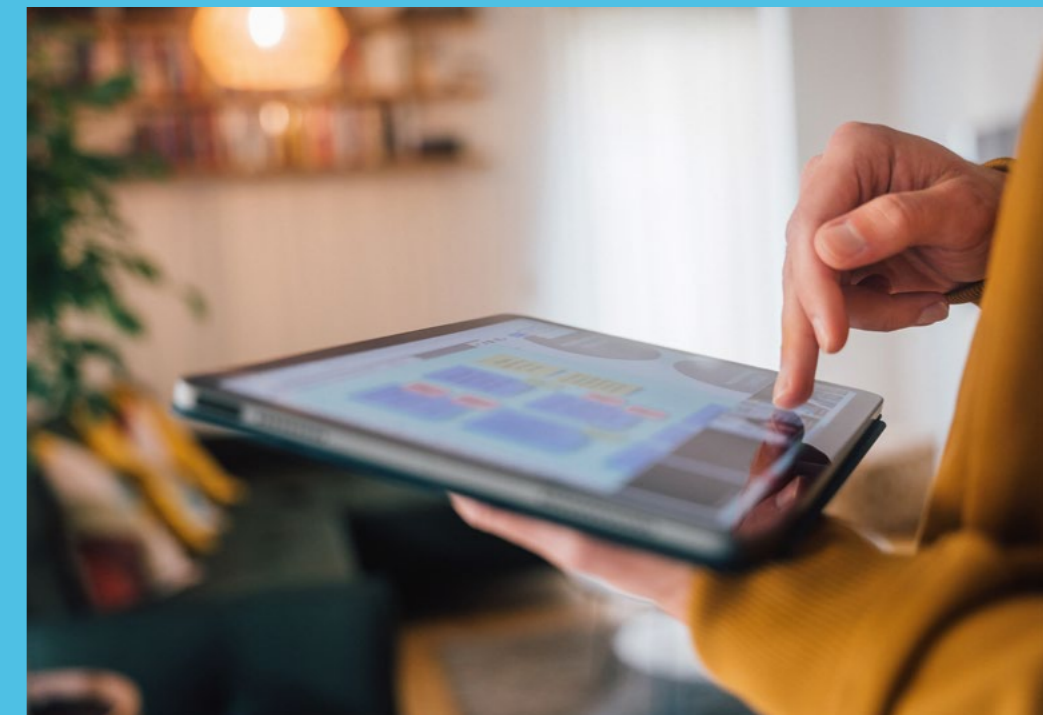
Akteure

- Sächsische Staatsregierung
- Kommunen
- Medien



Aus unserer Perspektive wurde ein Haufen Dinge falsch gemacht. Aber man muss trotzdem irgendwo Verständnis haben. Bei einem deutlich zeitigeren Lock-down, da wären wieder Zehntausende auf die Straße gegangen. Die Politik hat schwere Abwägungen zu treffen.

(Teilnehmer des Bürgerrats)



Handlungsziel

Politik und Verwaltung haben eine klare demokratische Haltung und positionieren sich gegen demokratiefeindliche Bestrebungen.

Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten, dass sich Verwaltung und Politik, besonders auf kommunaler Ebene, nicht klar genug gegen demokratiefeindliche und rechtsextreme Äußerungen und Aktionen positionierten – u.a. im Rahmen der Querdenker-Demonstrationen und Spaziergänge.

Hier sahen die Teilnehmenden Handlungsbedarf, über die Frage der Umsetzung herrschten jedoch unterschiedliche Ansichten. Das Gespräch mit Menschen aufrechtzuerhalten, die sich von demokratischen Werten entfernt haben, hielten die Teilnehmenden für essenziell. Doch mehr Präsenz hieße auch mehr Angriffsfläche für demokratiefeindliche Akteure und Gruppen. Auch gebe es Menschen aus den radikalisierten politischen – vor allem rechten – Rändern, die für konstruktiven Diskurs und Austausch nicht mehr offen seien. Wenn Politikerinnen und Politiker diesen Menschen begegnen, dürfe es nicht in gewaltvolle Aktionen ausarten. Hier sahen die Teilnehmenden Handlungsbedarf für den Schutz und die Stärkung von Lokalpolitikern. Ein weiteres Problem sei die mangelnde Kontrolle von geltenden Corona-Maßnahmen, die dazu führte, dass Menschen sich berechtigt sahen, geltende Regeln zu brechen.

Unterstützen Sie das Handlungsziel P2? (ja/nein)

97,1%

2,7%

P2

P2.1

Empfehlung

Politikerinnen und Politiker und die Polizei sollen Haltung bei Versammlungen gegen die demokratische Ordnung zeigen und ansprechbar bleiben.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

67,6%

32,4%

Kontext & Hintergrund

Von Politik wird eine viel deutlichere Positionierung gegen von Verfassungsfeinden und sogenannten Querdenkern organisierte Versammlungen erwartet. Die Polizei sollte stärker auf Demonstrationen präsent sein und klar die Grenzen des Rechtsstaats aufzeigen. Auch politische Akteure sollten eine permanente Präsenz und Ansprechbarkeit zeigen, um eine klare demokratische Haltung zu vertreten und zu verteidigen. Dafür eignen sich vor allem Dialogveranstaltungen, auf denen sachliche Auseinandersetzungen möglich sind, statt auf Demonstrationen mit aufgeheizter Stimmung wie bei den Querdenken-Versammlungen die Auseinandersetzung zu suchen, die damit mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen (siehe auch P2.3).

Ideen zur Umsetzung

- Mehr Polizeipräsenz auf Demonstrationen der Querdenker und rechten Versammlungen in Sachsen
- Kommunale Akteure erhalten ein Zeitbudget für Demokratievermittlung und politische Bildung: Es gehört zur Arbeitsaufgabe und Verantwortung, nicht nur "Chef der Verwaltung zu sein"
- Gespräche sind wichtig, auch mit Menschen, die ganz anderer Meinung sind, Ideen: direkt auf der Straße ansprechen, über moderierte Social-Media-Kanäle, Anwesenheit bei Dialogveranstaltungen mit klaren Gesprächsregeln und einem gemeinsamen Wertekompass als Minimalkonsens
- Begegnung auf kommunaler Ebene anstreben, weil man sich untereinander kennt

Akteure

- Kommunale Bürgermeister und Bürgermeisterinnen
- Versammlungsbehörden
- Gemeinderäte und -rätinnen
- Polizei
- Bildungseinrichtungen
- Medien

P2.2

Empfehlung

Geltende Infektionsschutzmaßnahmen sollen effektiv kontrolliert werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Geltende Infektionsschutzmaßnahmen wie z.B. die Ausgangssperre wurden nicht ausreichend kontrolliert. Daher gab es kaum Konsequenzen für Regelverstöße und bei manchen Menschen entstand der Eindruck, man müsse sich nicht an die geltenden Regeln halten.

Ideen zur Umsetzung

- Polizeiliche Kontrollen
- Kontrollen der Maßnahmen durch die Ordnungsämter, dafür bessere finanzielle/personelle Ausstattung
- Sanktionierung/Bestrafung konsequent durchführen
- Ordnungsamt sollte in der Pandemie den Fokus verlegen: weniger Strafzettel wg. Falschparkens, sondern Priorität des Infektionsschutzes

Akteure

- Polizei
- Ordnungsämter

P2.3

Empfehlung

Regierungsvertreterinnen und -vertreter und Entscheidungsträger sollen Dialogveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern organisieren.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Es ist wichtig, den Menschen zu zeigen, dass die Politik ihnen zuhört und ihre Erfahrungen in Krisenzeiten wichtig sind. Aber: Demokratiefeindliche Haltungen und Meinungen sollten nicht weiter legitimiert werden, indem man ihnen zu viel Raum gibt.

Ideen zur Umsetzung

- Geloste Bürgerräte auf verschiedenen Ebenen
- Dialogveranstaltungen
- Beteiligungsformate mit Bürgerinnen und Bürgern als Kommunikationsform zwischen Politik und Bevölkerung etablieren

Akteure

- Kommunen
- Politische Vertreterinnen und Vertreter

P2.4

Empfehlung

Die Zivilgesellschaft und politische Akteure der (nächst-)höheren Ebenen sollen demokratisch engagierten Vertreterinnen und Vertretern Rückhalt bieten.

Abstimmungsergebnis (ja/nein)

89,2%

10,8%

Kontext & Hintergrund

Es herrscht Ängstlichkeit in der Verwaltung und Politik, eine "Absicherungsmentalität". Eine klare demokratische Positionierung muss belohnt und gestärkt werden – nicht nur von anderen Politikern, sondern auch innerhalb der Bürgerschaft. Wenn Politiker und Politikerinnen sich Fehler eingestehen, sollten sie nicht sofort medial "ins Aus" befördert werden. Hier ist eine gelassene Haltung und Fehlerkultur wichtig.

Ideen zur Umsetzung

- Medienwirksame Kampagnen
- Stellungnahme von Politikerinnen und Politikern in den Medien
- Öffentliche Anerkennung von demokratisch engagierten Personen

Akteure

- Zivilgesellschaft
- Politische Akteure
- Medien



Irgendwann muss man auch die Bevölkerung in die Pflicht nehmen. Irgendwo hört die Verantwortung der Politik auf, es den Leuten immer mehr erklären zu müssen. Sie sind in der Pflicht, sich Informationen zu beschaffen.

(Teilnehmer des Bürgerrats)



Handlungsziel

Grundlegende Angebote werden während einer Krise bundesweit zentral geregelt, aber föderal praktisch umgesetzt.

Die unterschiedliche Gestaltung des Pandemiemanagements im deutschen Föderalismus führte laut den Teilnehmenden zu einigen Schwierigkeiten. Als eine der größten Herausforderungen nahmen sie die mangelnde Koordination von grundlegenden Angeboten zwischen einzelnen Regionen und Bundesländern wahr. Unterschiedliche Maßnahmen bei ähnlichen Inzidenzen, wie zwischen Sachsen und Thüringen, waren für sie nicht nachvollziehbar und führten somit zu Frustration und einem Gefühl von Ungerechtigkeit. Weiterhin sahen die Teilnehmenden Handlungsbedarf in der Organisation und Administration von Ressourcen auf nationaler Ebene, damit wichtige Infrastruktur und Finanzierung in der Corona-Krise einheitlich aufrechterhalten werden könne.

Darüber hinaus befürworteten die Teilnehmenden den Ansatz, Maßnahmen regional abzustimmen und auf die kulturellen Besonderheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort einzugehen.

Unterstützen Sie das Handlungsziel P3? (ja/nein)

89,2%

10,8%

P3

P3.1

Empfehlung

Die digitale Infrastruktur soll überregional ausgebaut und finanziert werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

97,2%

2,8%

Kontext & Hintergrund

Viele Koordinationsprobleme während der Pandemie lassen sich auf unzureichenden Datenaustausch zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern zurückführen. Veraltete Formen der Datenerhebung und -übertragung, uneinheitliche Software auf Endgeräten, Schnittstellenprobleme und Datenschutzregeln verhindern die notwendige Zentralisierung von Informationen. Jedes Bundesland hat z.B. eine eigene digitale Bildungsplattform: Ressourcen und Administration hätten gebündelt werden müssen, um während der Pandemie durchgängig funktionierende, gleichwertige Angebote zu schaffen.

Ideen zur Umsetzung

- Bundesweit zentrale Bildungsplattform einführen
- Mehr Informations- und Schulungsangebote; z.B. für Kommunen und Schulen
- Hard- und Softwareangebote mit entsprechender Dokumentation anbieten
- Bundesweiter Austausch von Gesundheitsdaten
- Besserer Austausch von Steuerdaten zwischen Finanzämtern der Länder, könnte bspw. verhindern, dass Selbstständige monatelang auf Corona-Hilfen (vom Bund) warten

Akteure

- Bundesministerium für Digitales und Verkehr
- Sächsische Staatsregierung
- Gesundheitsämter

P3.2

Empfehlung

Eine flexible Infrastruktur zum Impfen soll langfristig überregional finanziert werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

75,7 %

24,3 %

Kontext & Hintergrund

Der Bund trifft Entscheidungen über die gesundheitliche Infrastruktur, die Länder und Kommunen durchsetzen müssen. Am Ende der Verantwortungskette entsteht viel Frust, weil die Fehler bei den Kommunen gesehen werden. Diese müssen nachhaltig befähigt werden, wichtige Infrastruktur aufrechtzuerhalten.

Ideen zur Umsetzung

- Bereitschaft von Impfzentren durch weitere Finanzierung garantieren
- Aber: Fokus auf kleine Impfstationen oder mobile Impfteams legen, die flexibel auf Bedarf reagieren können, z.B. im Handel, ggf. auch für Grippe-schutzimpfungen
- Angebote zum Impfen durch Arbeitgeber - das könnte ein langfristiges Angebot bleiben

Akteure

- Gesundheitsämter
- Landratsämter
- kommunale Sozialämter
- Gesundheitsministerkonferenz (GMK)
- Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände

P3.3

Empfehlung

Regional und kulturell unterschiedliche Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sollen für die Vermittlung und Kommunikation der Corona-Maßnahmen erkannt und berücksichtigt werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

70,3%

29,7%

Kontext & Hintergrund

Um Corona-Verordnungen nachvollziehbar zu begründen, müssen spezifische Bedürfnisse in der Bevölkerung identifiziert werden, wie z.B. die besondere Mentalität, Kultur und Erfahrungen in Sachsen. So kann die Politik Verordnungen erstens besser erklären und zweitens angepasste Anreize finden, um die Bevölkerung zur Unterstützung der Maßnahmen zu motivieren.

Ideen zur Umsetzung

- Befragung in der Bevölkerung
- Mehr aufsuchende und aufklärende Information vor Ort: Multiplikatoren mit kultureller Nähe zu schwer erreichbaren Gruppen nutzen, um Vertrauen in staatliches Handeln aufzubauen

Akteure

- Wissenschaftliche Institute
- Kommunen
- Kirchen
- Vereine
- Jugendzentren
- Integrationshelfer
- Kommunalpolitik/Kreis- und Ortsverbände von Parteien

Handlungsziel

Die Krisenkommunikation ist transparent, sachlich und nachvollziehbar und schafft Vertrauen.

Das Thema Krisenkommunikation der Politik zog sich durch beinahe alle Sitzungen des Bürgerrats. Darin zeigt sich, welche zentrale Rolle das Thema Kommunikation in allen Bereichen der Pandemiebekämpfung spielt und wie wichtig es ist, sich auf zuverlässige, nachvollziehbare und transparente Informationen verlassen zu können.

Eine der größten Herausforderungen im Bereich der Kommunikation sahen die Teilnehmenden darin, dass die Fehlbarkeit von politischen Entscheidungen sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht offengelegt wurde. Das führte zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung, weil politische Entscheidungen widersprüchlich und nicht mehr nachvollziehbar schienen.

Die Informationslage zu Inzidenzen, die Gültigkeit von regional spezifischen Maßnahmen und den Impfstoffen erschien chaotisch, weil zu oft neue Regelungen ohne nachvollziehbare Begründung eingeführt wurden. Auch die Art und Weise der Kommunikation, die viel mit Angst und Einschüchterung arbeitete, empfanden viele Teilnehmende als belastend. Letztendlich war auch die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von qualitativ hochwertigen Informationsangeboten problematisch: Die überlasteten Gesundheitsämter waren für Bürger und Bürgerinnen nicht mehr ansprechbar.

Unterstützen Sie das Handlungsziel P4? (ja/nein)

88,9%

11,1%

P4

P4.1

Empfehlung

Alle relevanten Informationen über die Pandemie sollen leicht zugänglich, in verständlicher Sprache und visuell aufbereitet sein.



Abstimmungsresultat (ja/nein)

100%

Kontext & Hintergrund

Komplizierte virologische Formulierungen während der Pandemie waren für viele verwirrend. Eine einfache Sprache und visuelle, metaphorische und lebensnahe Vergleiche helfen, Verständnis zu schaffen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Kommunikationsangebote auch ständig, niedrigschwellig und über eine Vielzahl von Kanälen erreichbar oder zugänglich sind - denn gerade ältere Menschen waren während der Lockdowns oft von digitalen Informationsangeboten abgeschnitten.

Ideen zur Umsetzung

- Eine zentrale Plattform mit tagesaktuellen Maßnahmen
- Immer erreichbare und funktionierende Kommunikationsangebote der Staatsregierung und Kommunen
- Visuelle Vergleiche der Corona-Impfung mit anderen Impfungen in Tageszeitungen und Fernsehen
- Anrufe oder Briefe für Menschen, die sich nicht sicher im Internet bewegen
- Auch mal "good news" berichten, wo läuft z.B. die Impfkampagne sehr gut und warum?
- Einsatz der einfachen/leichten Sprache für zentrale Informationen

Akteure

- Bundesregierung
- Sächsische Staatsregierung
- Kommunen
- Gesundheitsämter
- RKI
- Medien

P4.2

Empfehlung

Bund und Länder sollen Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten klar und nachvollziehbar kommunizieren.

Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Die Zuständigkeiten von Bund und Ländern waren verwirrend und haben zu Unsicherheiten geführt.

Ideen zur Umsetzung

- Ein wöchentlicher Newsletter der Staatsregierung mit nachvollziehbarer Begründung der aktuellen Corona-Maßnahmen
- EINE zentrale Website der Staatsregierung (Art Dashboard), die häufig kommuniziert wird, auf der alles zusammengefasst und tagesaktuell aktualisiert wird, mit leicht verständlichen Informationen, auch in leichter Sprache – gibt es schon: www.coronavirus-sachsen.de > aber diese Website ist nicht breit bekannt!, in der gesamten Kommunikation der Staatsregierung müsste diese Website stets genannt werden, auch in den Medien

Akteure

- Sächsische Staatsregierung
- Medien

P4.3

Empfehlung

Die Politik soll Unsicherheiten und Fehlbarkeit offen kommunizieren.



Abstimmungsresultat (ja/nein)



Kontext & Hintergrund

Es gab widersprüchliche Informationen v.a. über Impfungen (Stichwort "Impfstoffe zweiter Klasse" wie Astra Zeneca), und die Politik musste ihre Erkenntnisse zu verschiedenen Aspekten revidieren. Die Pandemiepolitik ist ein dynamischer Prozess, der sich immer wieder ändert. Wenn aber Unsicherheiten und Widersprüche nicht offen angesprochen werden, kann das zu Misstrauen führen.

Ideen zur Umsetzung

- Wechselnde Faktenlage und sich veränderndes Wissen offenlegen
- Politikerinnen und Politiker sowie Medien sollen viel stärker kommunizieren, dass sich die Voraussetzungen in einer Pandemie stetig ändern und dass man immer nur vom aktuellen Stand der Dinge ausgehen kann

Akteure

- Politische Verantwortliche auf allen Ebenen
- Medien

P4.4

Empfehlung

Infektionsschutzmaßnahmen sollen lokal spezifisch kommuniziert werden.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

78,4 %

21,6 %

Kontext & Hintergrund

Die bundesweiten Informationen sind nicht immer relevant für Sachsen, lokale Maßnahmen sind verständlicher.

Ideen zur Umsetzung

- Eine eigene Corona-Nachrichten-Show im MDR, mit dem Fokus auf für Sachsen relevanten Regelungen und Informationen
- Eine Spalte mit tagesaktuellen, faktisch richtigen und relevanten Informationen in den Tageszeitungen über die Corona-Pandemie und geltende Regelungen führen
- Analoge Informationsangebote für ältere Menschen, Brief oder Anruf

Akteure

- Regionale/lokale Medien
- Kommunen

P4.5

Empfehlung

Krankenhäuser, Arztpraxen und Gesundheitsämter sollen digital vernetzt und ausgestattet sein.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

94,6 %

5,4 %



Kontext & Hintergrund

Durch die digital unzureichende Ausstattung war es schwierig, Infektionsketten nachzuvollziehen und Daten rechtzeitig zu übermitteln. Deshalb sind Investitionen für die Beschleunigung von Verwaltungen und der Abbau von Bürokratie zentral. Wenn diese Kommunikationsketten reibungslos funktionieren, gewinnen sie das Vertrauen in die Politik zurück.

Ideen zur Umsetzung

- Mehr qualifiziertes Personal und Ausstattung für IT, Medien und Kommunikation in Gesundheitsämtern
- Digitale Vernetzung von Krankenhäusern und Arztpraxen mit Gesundheitsämtern
- Faxgeräte sind zentrales Problem, z.B. zum Versenden von Meldedaten, "gesetzliche (zeitliche) Fax-Grenze" festlegen: ab Datum XY dürfen keine Faxgeräte mehr genutzt werden, damit der Umstieg geschafft und der Informationsaustausch einheitlich möglich wird

Akteure

- Gesundheitsämter
- Krankenhäuser
- Arztpraxen
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr
- Krankenkassen

P4.6

Empfehlung

Der Staat soll den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber eine Servicementalität einnehmen, indem er die bestmögliche Information über die Corona-Pandemie bietet.

Abstimmungsresultat (ja/nein)

75,7%

24,3%

Kontext & Hintergrund

Der Staat könnte von der Wirtschaft lernen, indem z.B. die Impfung als gutes Produkt verstanden wird, das durch zielgruppenspezifische Ansprache und funktionierende Hotlines vermarktet wird und für das die "Konsumentinnen und Konsumenten" ein symbolisches Dankeschön erhalten. Diese Haltung wurde jedoch kontrovers diskutiert: Einige sahen Solidarität als Grundvoraussetzung, andere freiwillig vor einer Infektion zu schützen und einen symbolischen Dank nicht als ausreichende Motivation, um sich z.B. impfen zu lassen.

Ideen zur Umsetzung

- Dauerhaft erreichbare Informationshotlines und Chats
- Hochwertige Informationsangebote
- Eine Bratwurst (o.ä. symbolische Gesten) als Dank

Akteure

- Kommunen
- Sächsische Staatsregierung
- Bundesregierung



Die Politik muss das Vertrauen zurückgewinnen, indem man sich auch Fehler eingesteht und daraus lernt.

(Teilnehmer des Bürgerrats)

Danksagung

Vielen Dank an alle Teilnehmenden des Forum Corona sowie an alle Mitwirkenden!

Expertinnen und Experten

Gesundheit

Clemens Regenbrecht – Pflegedirektor des Helios-Park-Klinikums und Herzzentrums Leipzig, **Elke Schilling** – "Silbernetz" Telefonhotline gegen Einsamkeit für Seniorinnen und Senioren, **Rüdiger Unger** – Vorstand des DRK Landesverbandes Sachsen e. V.

Bildung

Prof. Dr. Anke Langner – Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Inklusive Bildung an der TU Dresden, **Prof. Dr. Birgit Leyendecker** – Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Familienforschung an der Ruhr-Universität Bochum, **Heike Mann** – Leiterin der AWO Dresden Fachstelle zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche "Shukura"

Wirtschaft

Manuela Salewski – stellv. Hauptgeschäftsführerin und Hauptabteilungsleiterin Wirtschaftsförderung und -beratung, Handwerkskammer Dresden, **Markus Schlimbach** – Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds Sachsen, **Prof. Dr. Nina Weimann-Sandig** – Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Dresden

Politik

Prof. Nathalie Behnke – Professorin für Politikwissenschaft an der TU Darmstadt – Föderalismus-Expertin, **Johannes Hillje** – Politik- und Kommunikationsberater, **Dirk Neubauer** – Bürgermeister von Augustusburg

Alle weiteren Gäste und Referierende des Bürgerrats

Michael Kretschmer – Ministerpräsident Freistaat Sachsen, **Katja Meier** – Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, **Petra Köpping** – Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, **Dr. Claudia Eberhard** – Abteilungsleiterin Gesundheit im Ministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, **Joanna Kesicka** – Sprecherin des Landeschülerrats Sachsen, **Barbara Meyer** – Abteilungsleiterin für Wirtschaft, Innovation und Mittelstand im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, **Andreas Szabó** – Journalist und Social-Media-Berater, **Prof. Dr. Hans Vorländer** – Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung sowie Direktor des Mercator Forum Migration und Demokratie an der TU Dresden, **Nazanin Zandi** – Künstlerin, Kuratorin und Grafikdesignerin

Initiative Offene Gesellschaft e.V.:

Konzept, Organisation, Moderation und Umsetzung
Max Bohm, Hannah Göppert, Lea Pehnt, Maria Pereira Robledo

dialogwert. Kommunikations- und Strategieberatung:

Konzeption, Prozessdesign und Moderation
Cornelia Arras-Hoch

Hauptmoderation

Özcan Karadeniz und Marett Klahn

Rederei gUG:

Kommunikation, Website und Videodokumentation

NEXUS & IASS:

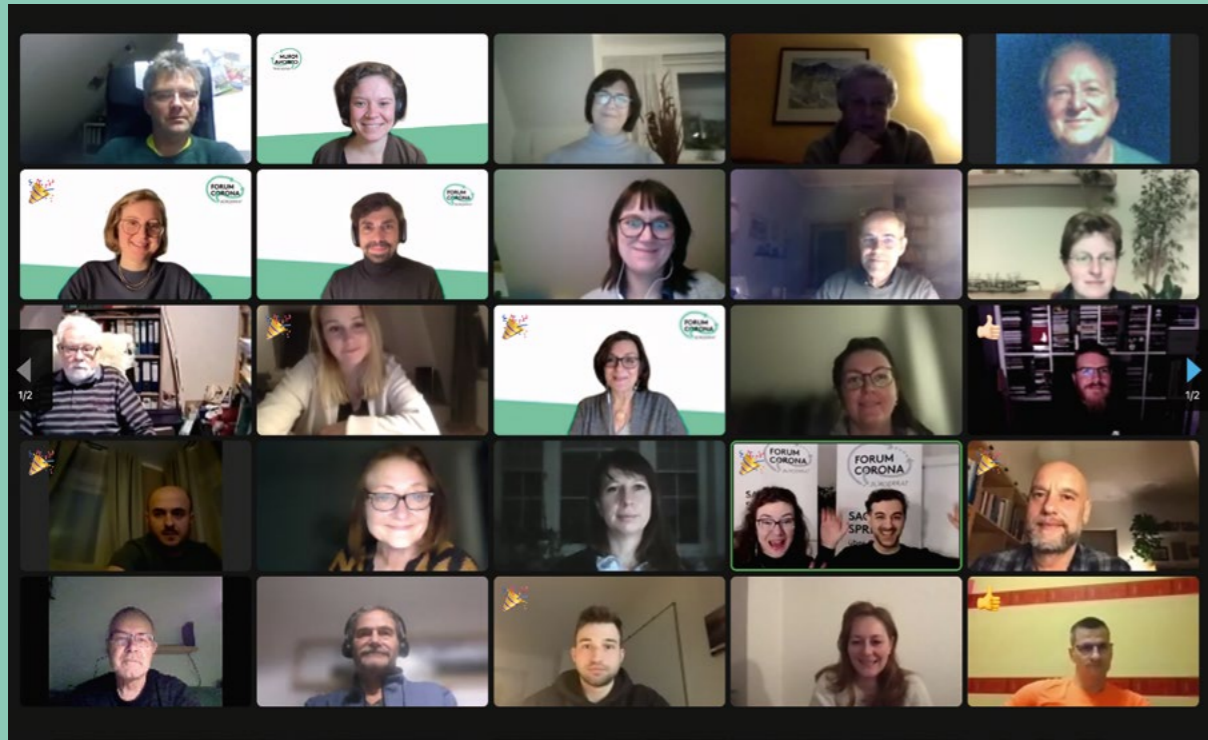
Evaluation
Dr. Christine von Blanckenburg, Prof. Dr. Christiane Dienel, Dr. Gordian Haas, Nele Buchholz, Theresa Dolings, Ruth Michalc, Dr. David Löw Beer, Victoria Luh

Referat V.2 "Bürgerbeteiligung und Online-Bürgerbeteiligungsformate" des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung



Ich finde das Format sollte Schule machen in Sachsen, ich kann mir da viele Themen vorstellen, sei es Strukturwandel, Kohleausstieg oder Schule.

(Teilnehmer des Bürgerrats)



Impressum

Herausgegeben im März 2022 von
Initiative Offene Gesellschaft e.V.
V.i.S.d.P.: Hannah Göppert & Max Bohm
Kärntener Straße 20
10827 Berlin

Redaktion:

Die Rederei gUG und
Initiative Offene Gesellschaft e.V.

Fotos:

Marlén Mieth (4), Benjamin Jenak und Amac Garbe

Gestaltung:

Mandy Münzner für Die Rederei gUG

Projektträger ist die Initiative Offene Gesellschaft e.V. – eine unabhängige, gemeinnützige Organisation ohne Parteibindung, hinter der ein breites Netzwerk von Privatpersonen und Institutionen steht. Seit 2016 setzt der Verein sich für die Verteidigung und Verbesserung der Demokratie ein. Mit bundesweiten Mitmach-Kampagnen, innovativen Formaten der Beteiligung und politischer Bildung bringt die Initiative Offene Gesellschaft Menschen unterschiedlicher Hintergründe ins Gespräch, stößt konstruktive Debatten und neue Ideen an.

**DIE
OFFENE
GESELLSCHAFT**

www.offenegesellschaft.org

Bei Fragen rund um das Forum Corona
schreiben Sie eine E-Mail an
info@forum-corona.de



Der Bürgerrat Forum Corona wird vom Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) finanziert, mit Mitteln des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
UND FÜR DEMOKRATIE
EUROPA UND GLEICHSTELLUNG



